

Hintergrundbericht 2. Welle der "SRG Trendumfragen"  
zur Volksabstimmung vom 9. Februar 2020



Vor der Schlussmobilisierung:

**Mietwohnungs-Initiative – minimale Ja-Mehrheit bei deutlichem Nein-Trend**  
**Anti-Diskriminierungs-Gesetz – Ja-Mehrheit hält trotz leichter Polarisierung**

## **Projektteam**

**Lukas Golder:** Co-Leiter

**Martina Mousson:** Projektleiterin

**Edward Weber:** Projektleiter

**Aaron Venetz:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**José Kress:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Thomas Burgunder:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Daniel Bohn:** Projektmitarbeiter

**Noah Herzog:** Projektmitarbeiter/Administration

Bern, 27. Januar 2020

**Sperrfrist: 29. Januar 2020, 06:00 Uhr**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>WICHTIGES IN KÜRZE</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>ERGEBNISSE</b> .....	<b>15</b>
2.1	Vorläufige Teilnahmeabsichten .....	15
2.2	Mietwohnungs-Initiative .....	19
2.3	Anti-Diskriminierungs-Gesetz .....	30
<b>3</b>	<b>ANHANG</b> .....	<b>40</b>
3.1	gfs.bern-Team .....	40

# 1 Wichtiges in Kürze

## 1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Eine Prognose folgt daraus mit Annahmen, wie sich die Meinungsbildung weiterentwickelt.

<b>MOMENTAUFNAHME:</b>	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
<b>TREND:</b>	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
<b>PROJEKTIONEN:</b>	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
<b>PROGNOSEN:</b>	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen
<b>BEFRAGUNG:</b>	<p>Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy.</p> <p>Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.</p> <p>Der mittlere Befragungstag war der 18. Januar 2020, Entscheidungen können jedoch bis am 9. Februar 2020 noch gefällt werden. Das sind drei Wochen, während derer der Abstimmungskampf in vollem Gange ist.</p> <p>Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.</p>
<b>SPERRFRIST:</b>	Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 29. Januar 2020, um 06:00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

### ZITIERWEISE

2. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 9. Februar 2020 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 15. und dem 23. Januar 2020 bei 4935 Stimmberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/-2.7 Prozentpunkte.

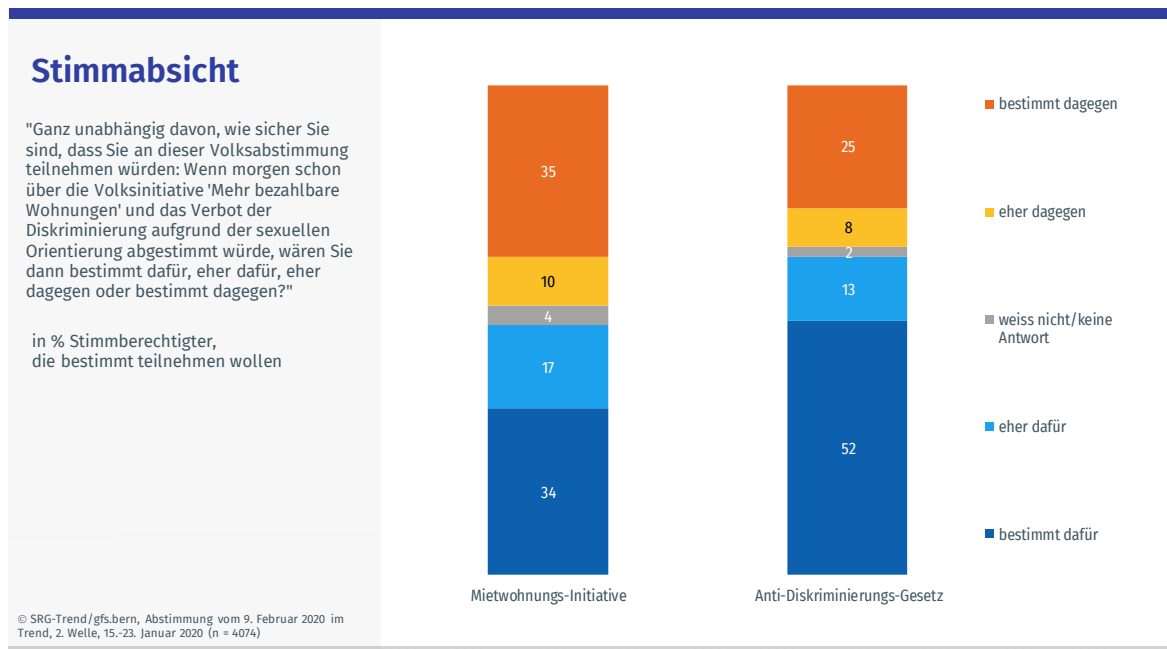
## 1.2 Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfragen

Wäre bereits am 18. Januar 2020 über die eidgenössischen Vorlagen vom 9. Februar 2020 entschieden worden, wären die Mietwohnungs-Initiative wie auch das Anti-Diskriminierungs-Gesetz angenommen worden. Beide Vorlagen erfuhren in der Hauptphase des Abstimmungskampfes eine Polarisierung der Meinungsbildung zum Nein hin. Im Falle der Mietwohnungswohnungsinitiative zeichnet sich ein handfester Nein-Trend ab, beim Diskriminierungsgesetz verläuft die Polarisierung verhaltener.

Die Stimmbeteiligung hätte bei unterdurchschnittlichen 42 Prozent gelegen.

Dies die Bestandsaufnahme rund drei Wochen vor dem Abstimmungstag. Es handelt sich hierbei nicht um eine Prognose zum Abstimmungsausgang, sondern eine Beschreibung der Meinungsbildung und derer Dynamik mitten im Abstimmungskampf.

Grafik 1



Betont sei, dass alle Angaben bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von  $\pm 2.7$  Prozentpunkten gelten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.3 und 52.7 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 9. Februar 2020.

## 1.3 Mietwohnungs-Initiative

### Gegenwärtige Stimmabsichten

51 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten wollten Mitte Januar noch "bestimmt" oder "eher" für die Mietwohnungs-Initiative stimmen. 45 Prozent wären dagegen gewesen. Die Ja-Seite hat jedoch in gut einem Monat 30 Prozentpunkte ihres ursprünglichen Vorsprungs verloren.

Eine Mehrheit der Teilnahmewilligen geht von der Ablehnung der Initiative am 9. Februar 2020 aus. Im Mittel schätzen sie den Ja-Anteil auf 48 Prozent. Auch bei diesem Indikator läuft der Trend gegen die Initiative.

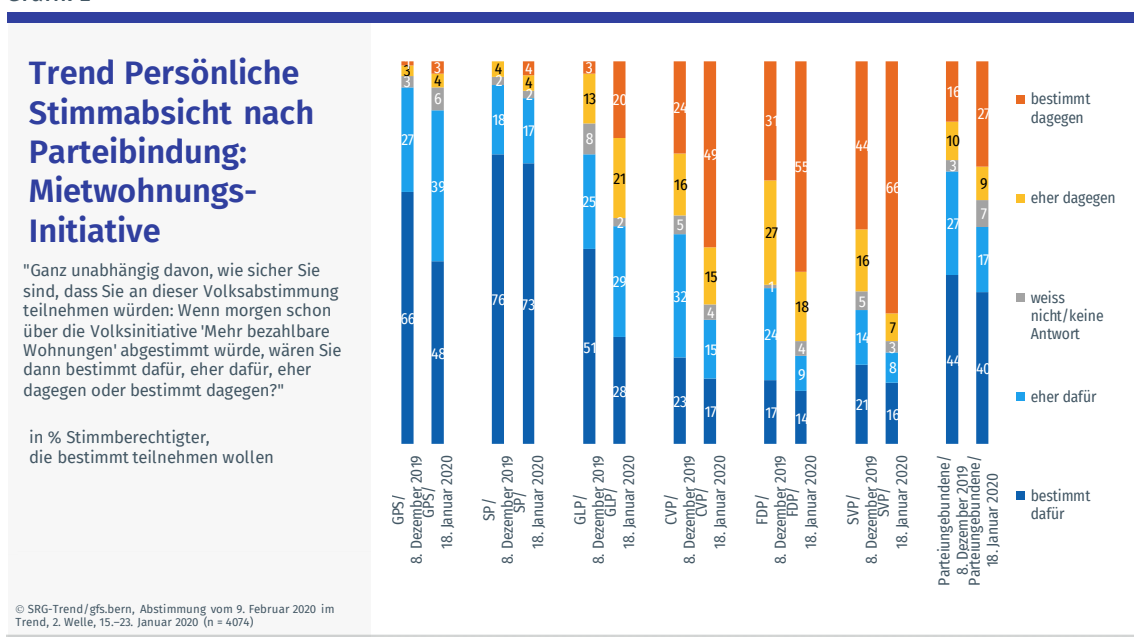
### Stand der Meinungsbildung

Die Meinungsbildung ist nun fortgeschritten. 69 Prozent haben eine feste Stimmabsicht: Sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen die Mietwohnungs-Initiative. Eher entschieden sind weitere 27 Prozent. Ein hoher Anteil der im Interview geäußerten Stimmabsichten lässt sich ausserdem über die Beurteilung der Argumente erklären: Es ist deutlicher geworden, welche Inhalte für und welche gegen die Vorlage sprechen.

### Konfliktmuster

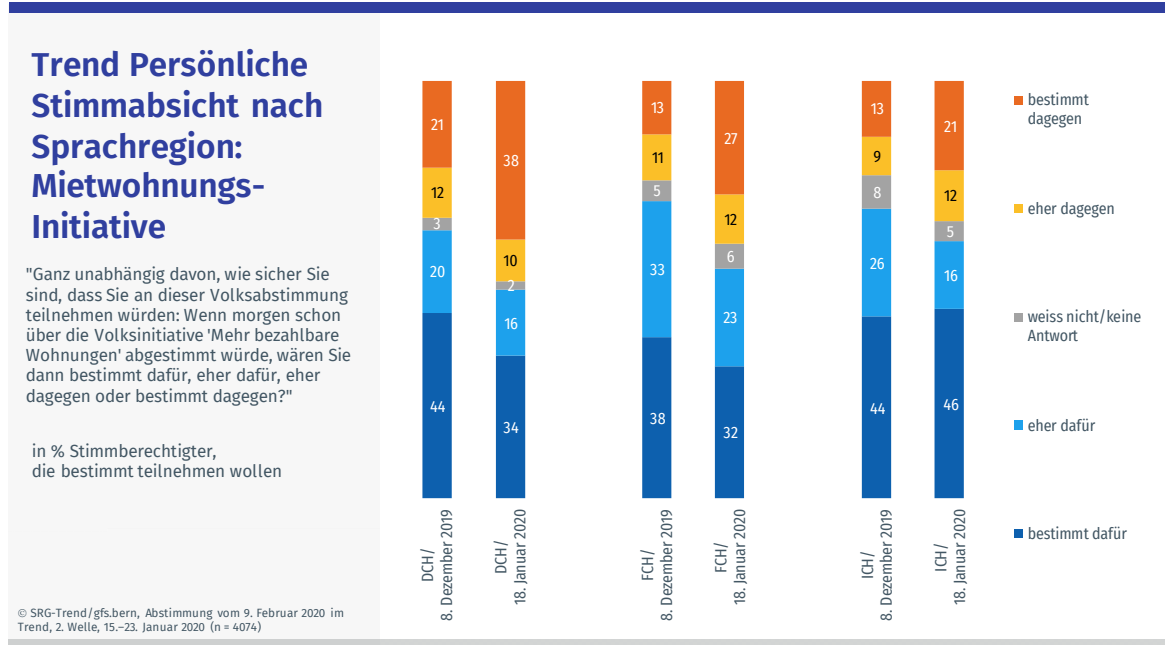
Die Entwicklung der Stimmabsichten zeigt das typische Muster von linken Initiativen auf, weil sie über das eigene Lager hinaus im Verlauf der Meinungsbildung immer deutlicher an Unterstützung verlieren. Neu sind Mehrheiten von CVP- und FDP-Anhängerschaften gegen die Vorlage. In den SVP-Reihen hat sich die Ablehnungsbereitschaft ebenfalls deutlich verstärkt. Klar rückläufig ist die Ja-Neigung ausserdem im Lager der GLP und bei Parteiungebundenen. In diesen Lagern war die Zustimmung Mitte Januar noch mehrheitlich.

Grafik 2



In der Deutschschweiz sind derzeit noch 50 Prozent für die Initiative, während es in der Romandie 55 Prozent sind. In diesen Regionen sind die Nein-Trends ähnlich stark ausgeprägt. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Zustimmung mit 62 Prozent Ja-Anteil am höchsten, doch auch hier hat der Nein-Trend eingesetzt.

Grafik 3



Neben den politischen Faktoren ist die grösste Differenz im Ja-Anteil zur Initiative weiterhin zwischen den Geschlechtern zu finden: Frauen wollen noch mit 60 Prozent der Vorlage zustimmen, Männer mit 56 Prozent ablehnen. Bei beiden Geschlechtern beträgt der Rückgang des Ja-Anteils zwischen der ersten und der zweiten Umfrage 15 Prozentpunkte.

Nun zeichnet sich bei den Mehrheitsverhältnissen deutlicher ein Stadt-Land-Konflikt ab, wie es aufgrund der politischen Struktur und der Situation auf dem Wohnungsmarkt zu erwarten ist: In den Städten bleibt trotz Rückgang eine klare Mehrheit von 58 Prozent der Teilnehmewilligen im Ja. In den Agglomerationen und auf dem Land sind die Mehrheiten gekippt: Nur noch jeweils 48 Prozent wollen der Vorlage zustimmen.

Die Ja-Anteile der drei untersuchten Bildungsstufen weisen nun - unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers - ungefähr die gleich grosse Zustimmung auf. Der Ja-Anteil bei Personen mit einer tiefen Schulbildung ist stark rückläufig. Bei den Einkommensgruppen kommt die stärkste Opposition gegen die Mietwohnungsinitiative weiterhin von der Gruppe mit den höchsten Einkommen. Bei Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter 9'000 CHF sind die Befürwortenden weiterhin in der Mehrheit. Auch in diesen Gruppen gibt es deutliche Nein-Trends.

## Argumente

Inhaltlich hat die Vorlage zwei starke Trümpfe, auch wenn alle Ja-Argumente etwas an Unterstützung verlieren: Eine Mehrheit von 60 Prozent wünscht grundsätzlich mehr genossenschaftliche Wohnungen. Sogar 68 Prozent wollen nicht, dass Wohnraum der Spekulation ausgesetzt wird. Die Gegenseite gewinnt inhaltlich an Unterstützung und hat drei relevante Kontrapunkte in der Debatte setzen können: Am stärksten wirken die hohen Kosten und der Verwaltungsaufwand zugunsten des Neins. Zwischenzeitlich unterstützen mehrheitliche 55 Prozent dieses Argument. Ebenfalls befürchten 53 Prozent, dass starre Quoten private Investor\*innen abschrecken. Schliesslich wirkt auch der potenziell negative Einfluss auf den Wettbewerb –wegen der Abschreckung Privater– gegen die Initiative. Dieses Argument unterstützen jedoch nur 49 Prozent, was unterstreicht, dass die Nein-Seite trotz Aufwind inhaltlich nicht flächendeckend überzeugen kann.

## Trend in der Meinungsbildung

Die Mietwohnungs-Initiative war mit einer breiten Unterstützung in die Hauptphase der Abstimmungskampagne gestartet. Anfängliche Sympathien sind für linke Initiativen typisch. Ebenso typisch ist der deutliche Rückgang bei der Zustimmung, womit die Initiative Mitte Januar nur noch von einer sehr knappen Mehrheit unterstützt wird. Die Tatsache, dass vor allem im bürgerlichen Lager die Zustimmung weggebrochen ist, deutet darauf hin, dass es sich um eine klassische linke Initiativ-Vorlage handelt, welche typischerweise bis zum Urnengang weiter an Unterstützung verlieren und schliesslich mehrheitlich abgelehnt werden wird. Besonders wird das Augenmerk auf die GLP und die Wirkung der Parole auf deren Basis gerichtet sein: Noch ist eine Mehrheit der Anhängerschaft für die Initiative, der Trend läuft jedoch in Richtung der Nein-Parole der GLP-Delegierten. Hält sich bei der GLP und auch bei Parteiungebundenen ein relevanter Teil im Ja, so ist ein Achtungserfolg für die Initiative möglich.

Für die Ja-Seite sprechen trotz kritischer Trends weiterhin zwei Argumente: Deutliche Mehrheiten sind für mehr genossenschaftliche Wohnungen und für weniger Spekulation. Damit bleibt das Kernanliegen der Initiative gut abgestützt. Dagegen trumpft die Nein-Seite aber immer stärker mit Erwägungen zu den Folgekosten, zu den starren Quoten und zu Einschränkungen des Wettbewerbs. Ohne hohen Problemdruck im Mietwohnungsmarkt, wie er in Städten teilweise zu beobachten ist, kann bis zum Schluss damit gerechnet werden, dass die Schwächen der Vorlage in allen gesellschaftlichen Kreisen und ausserhalb der Grossstädte weiter in den Vordergrund rücken.



**STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG**

- Klarer Rückgang der Zustimmung auf eine sehr knappe Ja-Mehrheit.
- Typischer Verlauf linker Initiativen: Klare Ablehnung bei SVP, FDP und CVP zeichnet sich immer deutlicher ab, während SP und Grüne deutlich im Ja sind. Nein-Trends, aber anhaltende Ja-Mehrheiten bestehen bei GLP und Parteiungebundenen. Auch Frauen sowie Städter\*innen bleiben überdurchschnittlich klar im Ja.
- Wunsch nach mehr Genossenschaftswohnungen und gegen Spekulation spricht weiterhin für das Ja. Die Sympathien für das Anliegen bleiben zwar, die konkreten Schwächen der Vorlage mit starren Quoten und potenziell negativen Effekten auf die Investitionsbereitschaft und den Mietwohnungsmarkt rücken mehr und mehr in den Vordergrund.
- Ein Nein zur Initiative ist wahrscheinlich. Eine für linke Initiativen überdurchschnittliche Zustimmung von über 40 Prozent trotz Ablehnung erscheint möglich, sofern die Sympathien bei der GLP-Anhängerschaft und Parteiungebundenen bestehen bleiben.

**1.4 Anti-Diskriminierungs-Gesetz****Gegenwärtige Stimmabsichten**

Die Gegenwärtigen Stimmabsichten zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz sind eindeutig: eine Zweidrittelmehrheit der Stimmbürger\*innen ist zum jetzigen Zeitpunkt für die Vorlage. Ein Drittel des Stimmvolkes stellt sich auf die Nein-Seite und nur zwei Prozent sind noch un schlüssig.

Mit dem breiten Einsetzen des Abstimmungskampfes wurde die Meinungsbildung von einer leichten Polarisierung erfasst: Der Ja-Anteil ist leicht gesunken, der Nein-Anteil entsprechend gestiegen. Der Vorsprung der Ja-Seite bleibt mit 32 Prozentpunkten komfortabel, hat sich jedoch innert Monatsfrist verringert (-9 %-Punkte).

**Stand der Meinungsbildung**

Der Stand der Meinungsbildung war bereits in der ersten Umfrage sehr weit fortgeschritten und ist noch einmal angestiegen. Die klare Mehrheit der Befragten äussert dezidierte Stimmabsichten (77%, +6 %-Punkte) zum Diskriminierungs-Gesetz: 52 Prozent wollen bestimmt dafür und nur 25 Prozent bestimmt dagegen stimmen.

Das Stimmvolk hat sich bereits früh eine gefestigte Meinung gebildet und der Spielraum für grundlegende Verschiebungen bei den Zustimmungswerten ist gering.

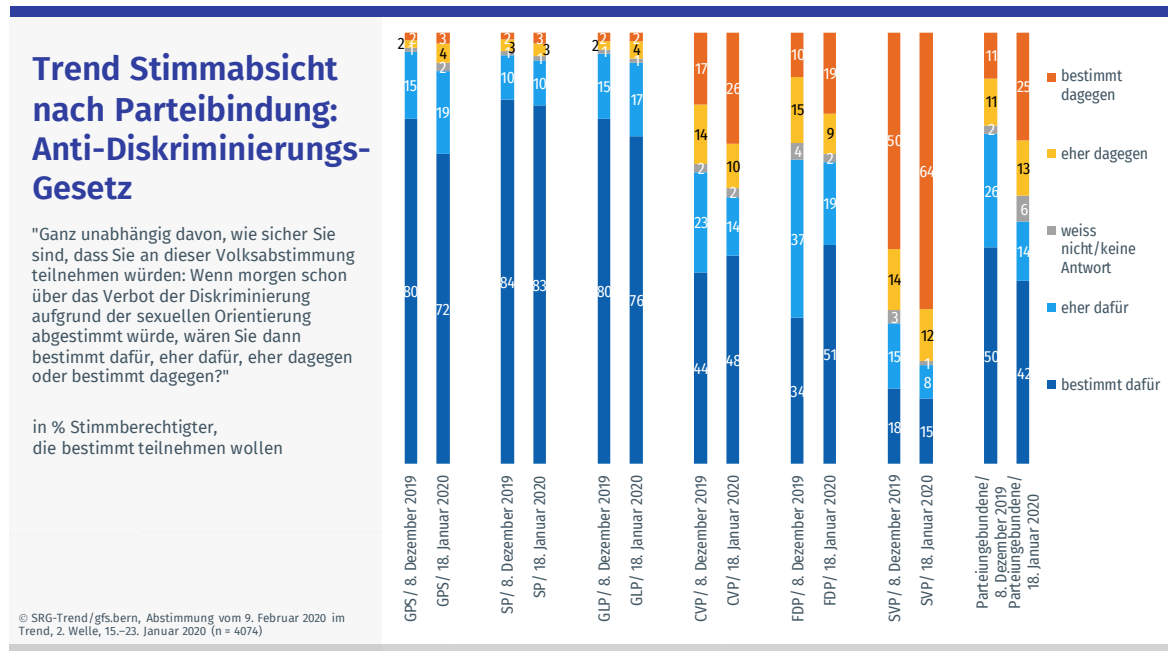
**Konfliktmuster**

Zwar zeigt sich das Meinungsbild in vielen Untergruppen polarisierter als noch vor einem Monat, die Zustimmung bleibt aber mit ganz wenigen Ausnahmen mehrheitlich.

Am deutlichsten sind die Stimmabsichten politisch geprägt, denn die SVP-nahe Wählerschaft sowie regierungskritische Teilnahmewillige sind die einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen.

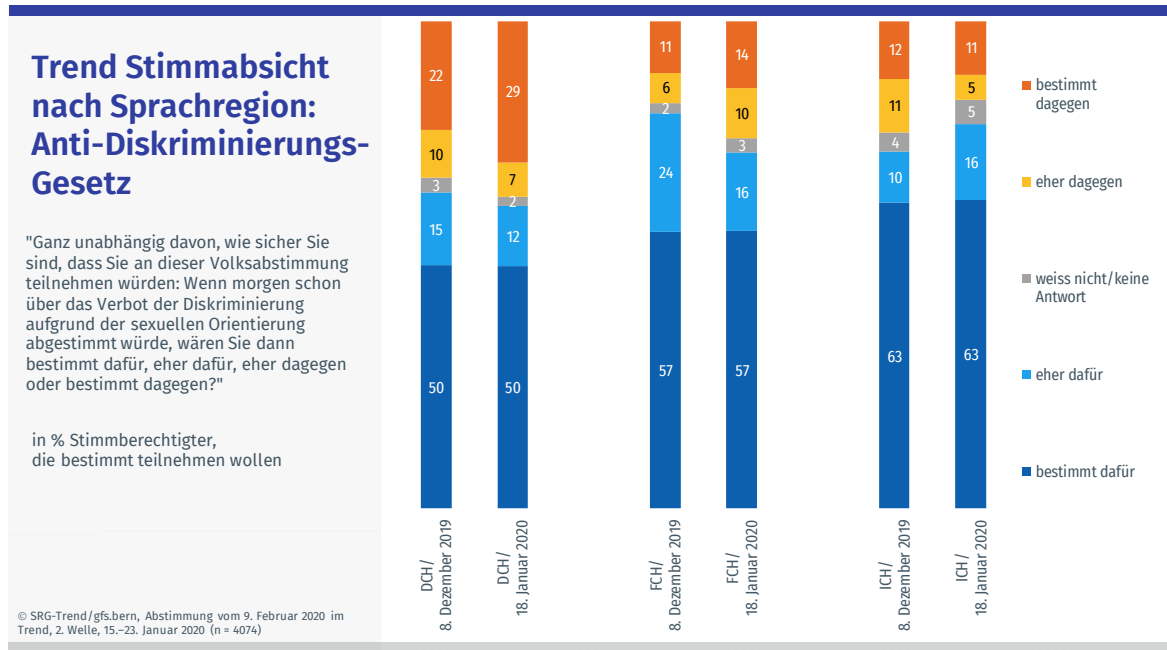
Die Trends der Meinungsbildung verlaufen bei allen Parteiwählerschaften auf unterschiedlichem Niveau gleich: Die Nein-Anteile steigen, die Ja-Anteile stagnieren oder sinken leicht. Im linken Umfeld ist dabei klar weniger Bewegung auszumachen als in der Mitte oder rechts davon. Setzt sich der bisherige Nein-Trend bei Parteiungebundenen ungebremst fort, ist die Zustimmung dieser Gruppe am 9. Februar 2020 nicht gesichert.

Grafik 4



Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg gefestigt und fällt überall mehrheitlich zugunsten des Anti-Diskriminierungsgesetzes aus. Widerstand gegen die Vorlage ist am ehesten in der Deutschschweiz zu verorten.

Grafik 5



Erhöhte Nein-Anteile finden sich bei Zustimmungsmehrheiten zudem unter Männern, und bei Teilnahmewilligen mit mittlerem Bildungsstand.

Somit herrscht trotz negativer Untertöne, die im Abstimmungskampf vermittelt werden konnten, breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Anti-Diskriminierungs-gesetzes.

### Argumente

Mit dem hohen Wert der Zustimmung zur Vorlage ist ein klarer Vorteil des Ja-Lagers auf der argumentativen Ebene verbunden. Während alle Pro-Argumente mehrheitlich ge-teilt werden, werden zwei von drei Contra-Argumenten mehrheitlich abgelehnt. Bewegt hat sich an diesen Einschätzungen fast nichts.

Eine überwältigende Mehrheit bleibt der Ansicht, dass Diskriminierung das friedliche Zusammenleben gefährde und in einer freien und auf Menschenwürde bedachten Ge-sellschaft keinen Platz habe (84%). Die Notwendigkeit des Schutzes von homo- und bi-sexuellen Menschen ist, wenn auch etwas unter Druck geraten, anerkannt (66%, -4 %-Punkte) und der Problemdruck wird stabil als gegeben erachtet (63%).

Dass bald Ansprüche weiterer Gesellschaftsgruppen folgen werden, wenn Homo- und Bisexuelle speziellen Schutz erhalten, erntet als einziges Contra-Argument das Einver-ständnis von einer knappen Mehrheit (50%). Weniger verfangen die Argumente, dass durch das Strafgesetz bereits ausreichender Schutz existiere (43%), und dass es sich bei der Vorlage um ein "Zensurgesetz" handle (35%).

Die hohe Kongruenz zwischen der Haltung der Stimmbürgerschaft zu der Vorlage und zu den einzelnen Argumenten unterstreicht die Festigkeit des Meinungsbildes. Dreh- und Angelpunkt der Meinungsbildung ist die empfundene Notwendigkeit der Vorlage.

Die Haltungen zur Vorlage und zu den Argumenten stimmen in hohem Masse überein: Bei 79 Prozent (+5 %-Punkte) der Stimmbürger\*innen kann die Haltung zur Vorlage aufgrund der Haltung zu den Argumenten korrekt vorausgesagt werden. Auch dies stützt die Einschätzung, dass das Meinungsbild stark gefestigt ist.

### Trend in der Meinungsbildung

Zwar zeigt sich eine Polarisierung des Meinungsbildes Richtung Nein, der Vorsprung der Ja-Seite bleibt allerdings so gross, dass die Annahme der Vorlage nach wie vor das plausibelste Szenario darstellt.

Der Stand der Meinungsbildung ist weit fortgeschritten und auch die Beurteilung der Argumente zum Diskriminierungsgesetz spricht für eine Annahme am 9. Februar 2020.

Komplettiert wird das positive Meinungsbild zur Vorlage durch die Einschätzung der Stimmberechtigten selbst: Die klare Mehrheit der Teilnehmewilligen (72%, + 7%-Punkte) geht von einer Annahme der Vorlage aus.

#### STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Die Ja-Seite trägt ihren Vorsprung trotz leichter Polarisierung des Meinungsbildes in die Endphase des Abstimmungskampfes.
- Der Stand der Meinungsbildung ist weit fortgeschritten und die Stimmabsichten sind von Haltungen zu Argumenten getragen.
- Der gesellschaftliche Konsens in der Diskriminierungsfrage ist mit nur zwei ablehnenden Gesellschaftsgruppen breit (SVP-Wählerschaft/Regierungskritische).
- Die Stimmbürgerschaft ist im Einklang mit den Parolen ihrer Parteien: SVP-Sympathisant\*innen gegen die Vorlage, der Rest dafür.
- Der Vorteil der Befürworter\*innen zeigt sich auch argumentativ deutlich.
- Eine Annahme des Gesetzes ist für den 9. Februar 2020 wahrscheinlichstes Szenario, auch das Stimmvolk geht von einer Annahme aus.

## 1.5 Vorläufige Teilnahmeabsicht

### Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Am 18. Januar 2020 hätten 42 Prozent "bestimmt" an der Abstimmung teilgenommen. Der Hauptabstimmungskampf zeigt somit nur beschränkt mobilisierende Wirkung. Am ehesten ist für den Urnengang vom 9. Februar 2020 eine maximal durchschnittliche Beteiligung (2011-2019: 45.6% durchschnittliche Teilnahme) zu erwarten.

## Profil

Die Teilnahmeabsichten links-grüner Wählerschaften (GPS: 61%, SP: 58%, GLP: 55%) fallen klar höher aus als im nationalen Mittel (42%), jene der Mitte-Rechts-Parteien liegen nahe daran (CVP: 43%, FDP: 43%, SVP: 40%). Unterdurchschnittlich mobilisiert bleiben einzig Parteiungebundene (21%). Höher als vor einem Monat sind die Teilnahmeabsichten von GLP-, CVP- und FDP-nahen Wähler\*innengruppen – sie wurden durch den Abstimmungskampf mobilisiert.

Die Themen der aktuellen Abstimmung mobilisieren zudem im urbanen Raum. Dort sind die Teilnahmeabsichten angestiegen und überdurchschnittlich (ländlich: 42%, kleine/mittlere Agglomerationen 42%, grosse Agglomerationen: 50%).

Stimmberechtigte aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz bleiben etwas stärker mobilisiert als solche aus der italienischsprachigen Schweiz (DCH: 42%, FCH: 43%, ICH: 37%).

Anders als gewohnt, beabsichtigen Frauen gleich häufig an der Abstimmung teilzunehmen wie Männer (Frauen: 42%, Männer: 42%).

Ansonsten bestätigt sich weitgehend das gewohnt Bild bei den Teilnahmeabsichten: Der feste Teilnahmewille steigt mit dem Alter an (18-39-Jährige: 36%, 40-64-Jährige: 42%, 65+-Jährige: 54% bestimmt teilnehmen) und die Teilnahmeabsicht steigt mit dem sozioökonomischen Status an (z.B. Bildung tief: 27%, mittel: 33%, hoch: 49%).

## 1.6 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 1: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

<b>Auftraggeber</b>	CR-Konferenz der SRG SSR
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
<b>Herkunft der Adressen</b>	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
<b>Datenerhebung</b>	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
<b>Art der Stichprobenziehung geschichtet nach</b>	CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
<b>Befragungszeitraum</b>	15. – 23. Januar 2020 mittlerer Befragungstag: 18. Januar 2020
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1400, effektiv 4935 (Cati: 1402, Online: 3533) n DCH: 3032, n FCH: 1352, n ICH: 551 (CATI: n DCH: 702, n FCH: 400, n ICH: 300) (Online: n DCH: 2330, n FCH: 952, n ICH: 251)
<b>Stichprobenfehler</b>	± 2.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
<b>Quotenmerkmale</b>	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
<b>Gewichtet nach</b>	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
<b>Befragungsdauer CATI</b>	
Mittel	13.2 Minuten
Standardabweichung	2.9 Minuten
<b>Publikation</b>	29. Januar 2020, 6h00

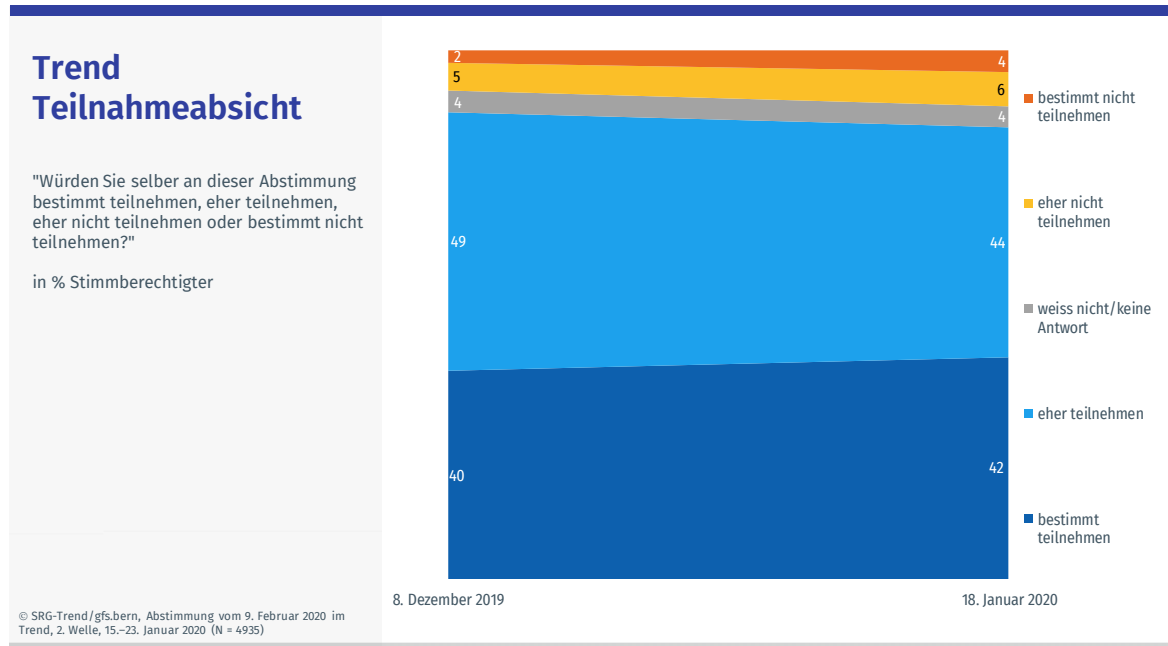
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 19. Mai 2019 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Januar 2020

## 2 Ergebnisse

### 2.1 Vorläufige Teilnahmeabsichten

Am 18. Januar 2020 hätten 42 Prozent "bestimmt" an der Abstimmung teilgenommen. Der Hauptabstimmungskampf zu den beiden Vorlagen vom 9. Februar 2020 zeigt somit nur beschränkt mobilisierende Wirkung. Die geäusserten Teilnahmeabsichten bleiben unterdurchschnittlich und konnten über den vergangenen Monat hinweg nicht merklich gesteigert werden.

Grafik 6



Am ehesten ist für den Urnengang vom 9. Februar 2020 somit höchstens eine durchschnittliche Beteiligung (2011-2019: 45.6% durchschnittliche Teilnahme) zu erwarten.

#### 2.1.1 Profil der Beteiligungswilligen

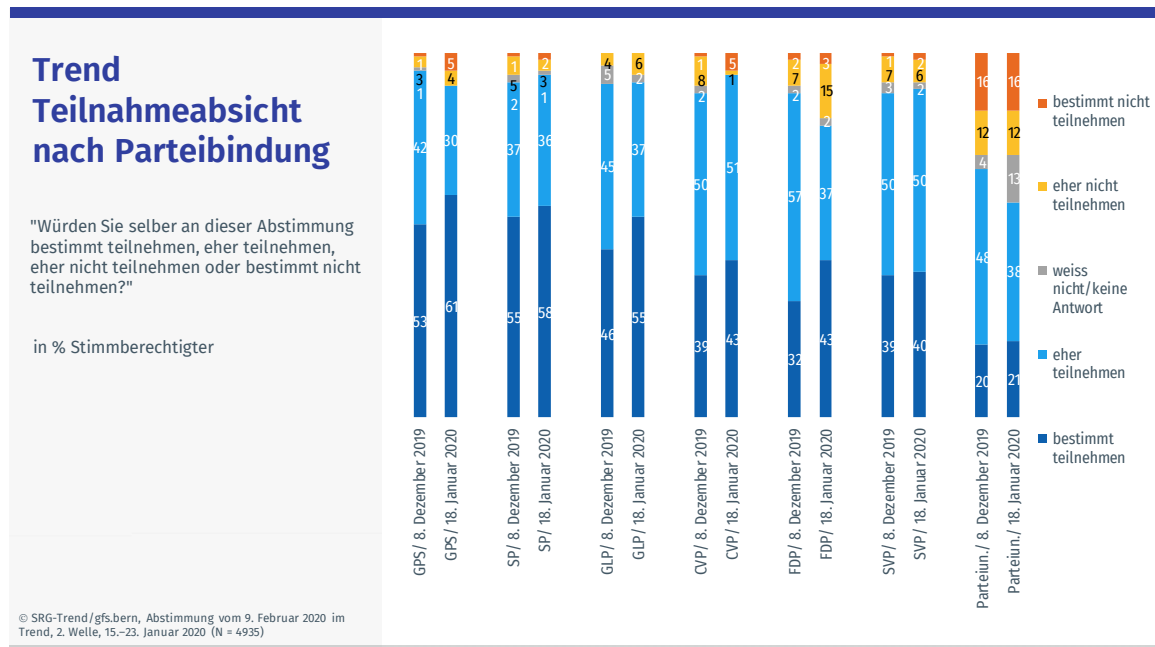
Die erste SRG-Trendumfrage zeigte, dass Wähler\*innen der Grünen und der SP überdurchschnittlich mobilisiert waren. Erhöhte Mobilisierung von Wählerschaften der Pol-Parteien ist an sich nichts Ungewöhnliches. Überraschend war jedoch, dass SVP-nahe Wähler\*innengruppen nur schwach mobilisiert waren.

Der bisherige Abstimmungskampf hat diese asymmetrische Mobilisierungsstruktur verstärkt: Die Teilnahmeabsichten von Wähler\*innen der Grünen und der SP sind angestiegen, im Umfeld der SVP haben sie sich nicht bewegt.

Höher als vor einem Monat sind die Teilnahmeabsichten von GLP-, CVP- und FDP-nahen Wähler\*innengruppen – sie wurden durch den Abstimmungskampf mobilisiert.

Zurück bleiben die stabil tiefen Teilnahmeabsichten von Parteiungebundenen. Lediglich 21 Prozent von ihnen wollen am 9. Februar 2020 sicher abstimmen gehen.

Grafik 7

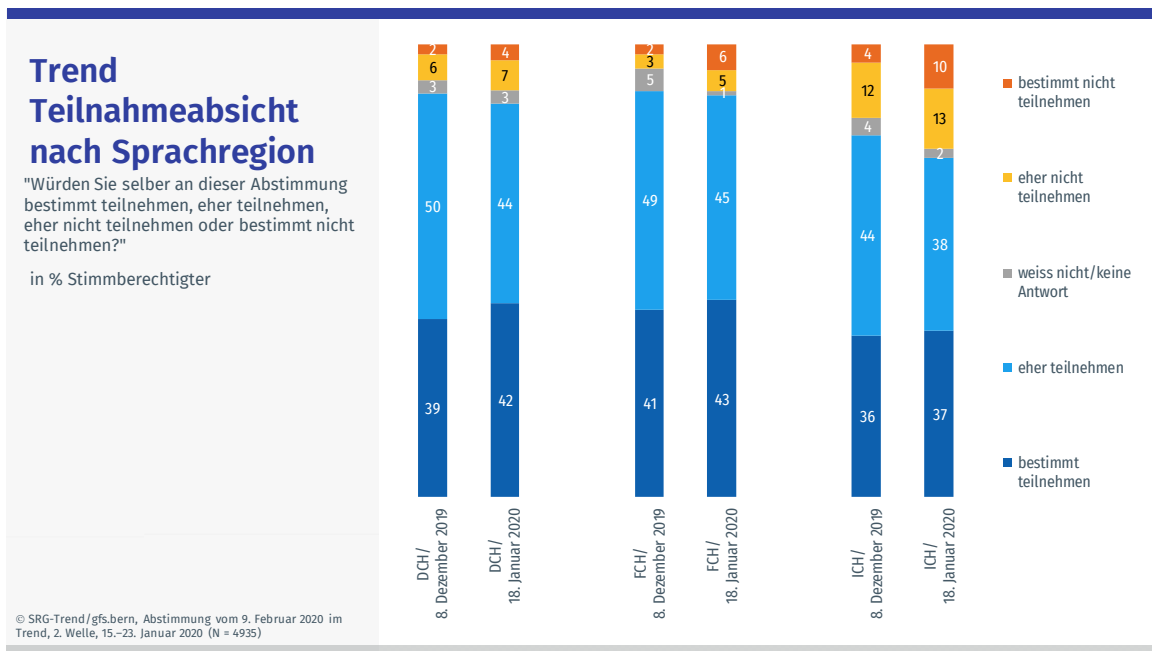


Auch die zweite SRG-Trendumfrage verweist auf keinerlei Anzeichen einer regierungskritischen Aufladung der Teilnahmeabsichten. Regierungskritische Stimmberechtigte wollen sich in ähnlichem Masse beteiligen wie solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (46% vs. 45%). Die Teilnahmeabsichten sind in beiden Gruppen in ähnlichem Masse angestiegen (+5 resp. +7 %-Punkte).

Eher gering sind die Mobilisierungswirkungen auch in den Sprachregionen der Schweiz. Stimmberechtigte aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz bleiben etwas stärker mobilisiert als solche aus der italienischsprachigen Schweiz. Verhaltene Wirkung entfaltete der Abstimmungskampf in der Deutschschweiz, während die Teilnahmeabsichten in den anderen Sprachregionen als stabil zu beschreiben sind.

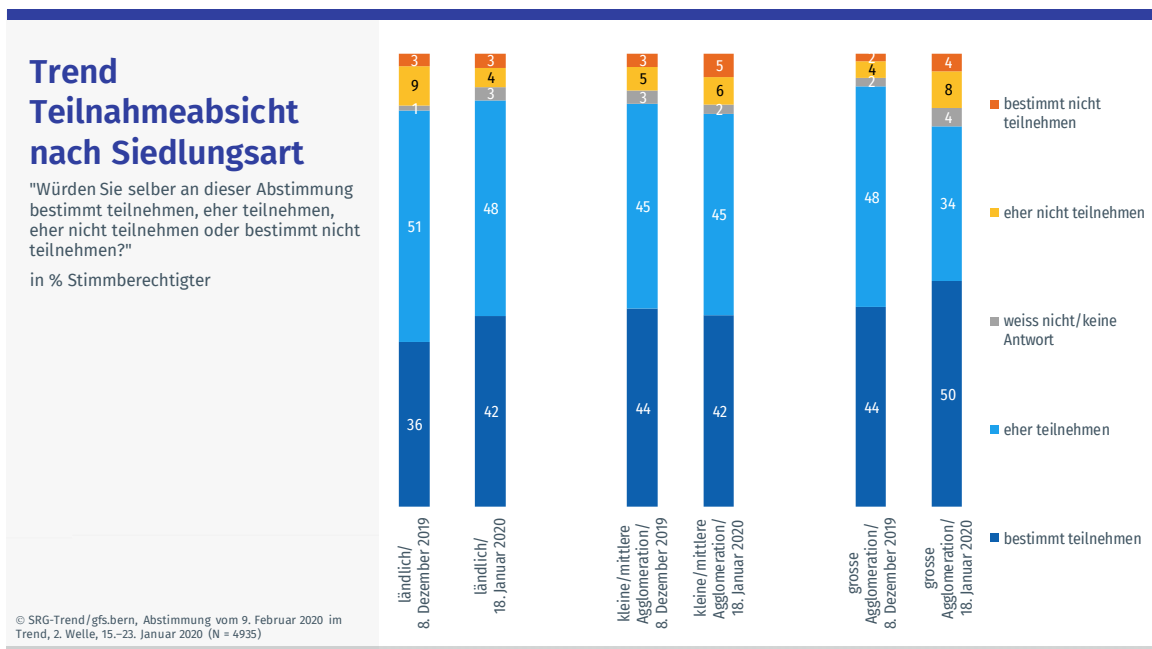


Grafik 8



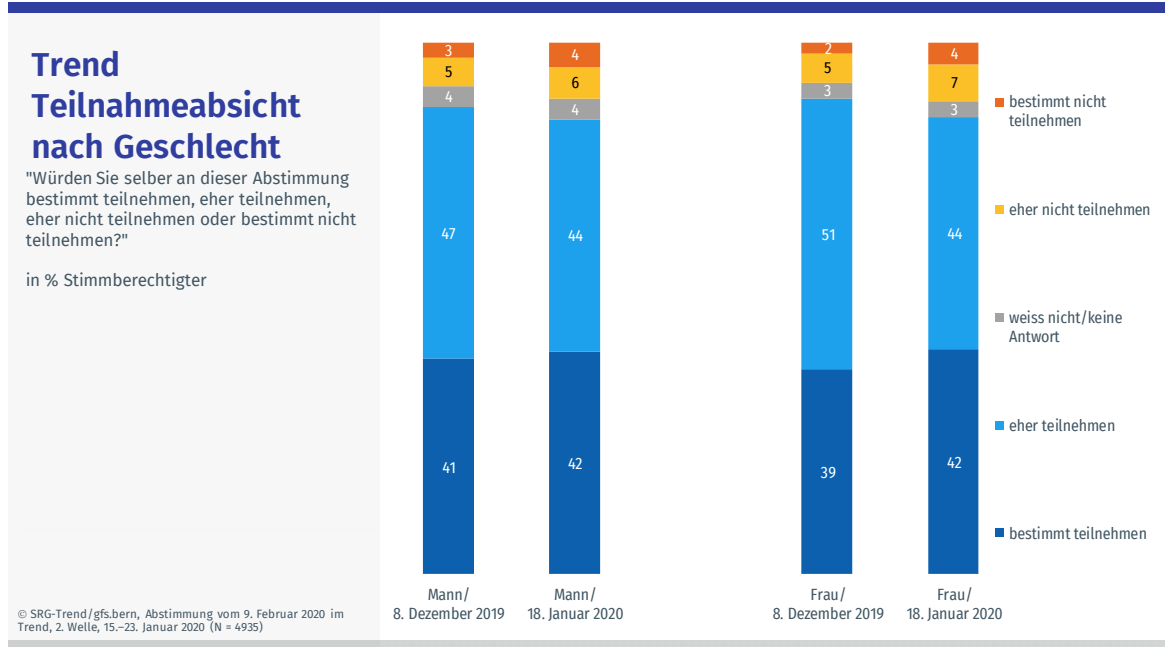
Die Themen der aktuellen Abstimmung mobilisieren am stärksten im urbanen Raum. Dort sind die Teilnahmeabsichten angestiegen und überdurchschnittlich. In ländlichen Gebieten und in kleinen und mittleren Agglomerationen fallen die Teilnahmeabsichten durchschnittlich aus, das aber bei unterschiedlichen Trends: Auf dem Land sind sie angestiegen, in kleinen und mittleren Agglomerationen stagnieren sie.

Grafik 9



Bemerkenswert ist die Mobilisierungsstruktur nach Geschlecht, denn anders als gewohnt, beabsichtigen Frauen gleich häufig an der Abstimmung teilzunehmen wie Männer. Bereits in der ersten Umfrage wiesen wir auf die ungewohnt geringen Geschlechterdifferenzen hin, mit den Wirkungen des Abstimmungskampfes sind diese gar erodiert.

Grafik 10



Ansonsten bestätigt sich weitgehend das gewohnt Bild bei den Teilnahmeabsichten: Der feste Teilnahmewille steigt mit dem Alter an (18-39-Jährige: 36%, 40-64-Jährige: 42%, 65+-Jährige: 54% bestimmt teilnehmen) und die Teilnahmeabsicht steigt mit dem sozioökonomischen Status an (z.B. Bildung tief: 27%, mittel: 33%, hoch: 49%).

## 2.1.2 Stichworte für die Berichterstattung

- maximal durchschnittliche Stimmbeteiligung erwartet
- Abstimmungskampf mobilisiert wenig
- linker Pol bleibt stärker mobilisiert als politische Mitte und rechter Pol
- keine regierungskritische Aufladung der Teilnahmeabsicht
- kaum Bewegung auch in den Sprachregionen: Französisch- und deutschsprachige Schweiz stärker mobilisiert als italienischsprachige
- Teilnahmeabsichten steigen mit dem Alter und dem sozioökonomischen Status an
- keine Geschlechterdifferenz

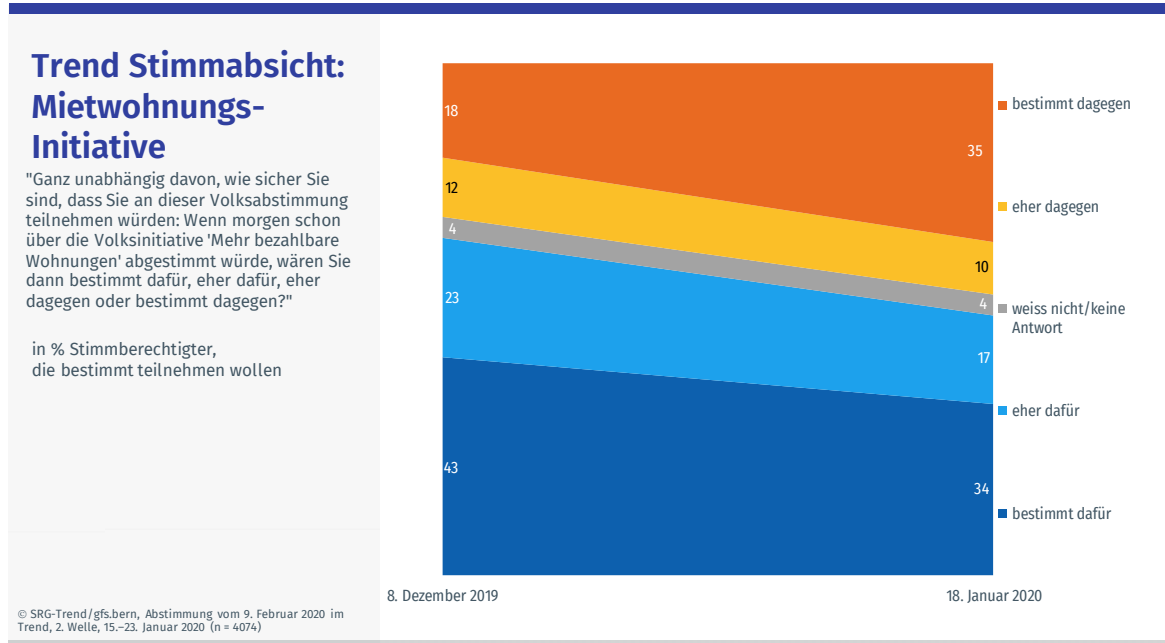
## 2.2 Mietwohnungs-Initiative

### 2.2.1 Vorläufige Stimmabsichten

Rund 3 Wochen vor der Abstimmung will noch eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der teilnahmewilligen Stimmbürger\*innen "bestimmt" oder "eher" für die Mietwohnungs-Initiative stimmen. Das sind 15 Prozentpunkte weniger als bei der ersten Umfrage von Anfangs Dezember 2019. "Eher" oder "bestimmt" gegen die Initiative sind neu 45 Prozent (+15%-Punkte). Weiterhin sind 4 Prozent der Befragten noch unentschieden.

Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt nur noch 6 Prozentpunkte und hat sich damit gegenüber der ersten Umfrage um 30 Prozentpunkte reduziert. Dies obwohl die Kampagnenaktivitäten und die mediale Berichterstattung zum Thema unterdurchschnittlich stark ausgefallen sind. Wie bei Meinungsbildungsprozessen während Abstimmungskampagnen üblich, haben sich die Stimmabsichten in den letzten Wochen geschärft: Neu haben 69 Prozent der Stimmbürger\*innen eine dezidierte Stimmabsicht für oder gegen die Initiative (+8%-Punkte).

Grafik 11



Nicht nur die Stimmabsichten, auch die Prognosen der teilnahmewilligen Stimmbürger\*innen haben sich zuungunsten der Initiative entwickelt. Derzeit gehen nur noch 41 Prozent (-5%-Punkte) von Ihnen davon aus, dass die Vorlage an der Urne angenommen wird. 56 Prozent (+6%-Punkte) sind der gegenteiligen Ansicht.

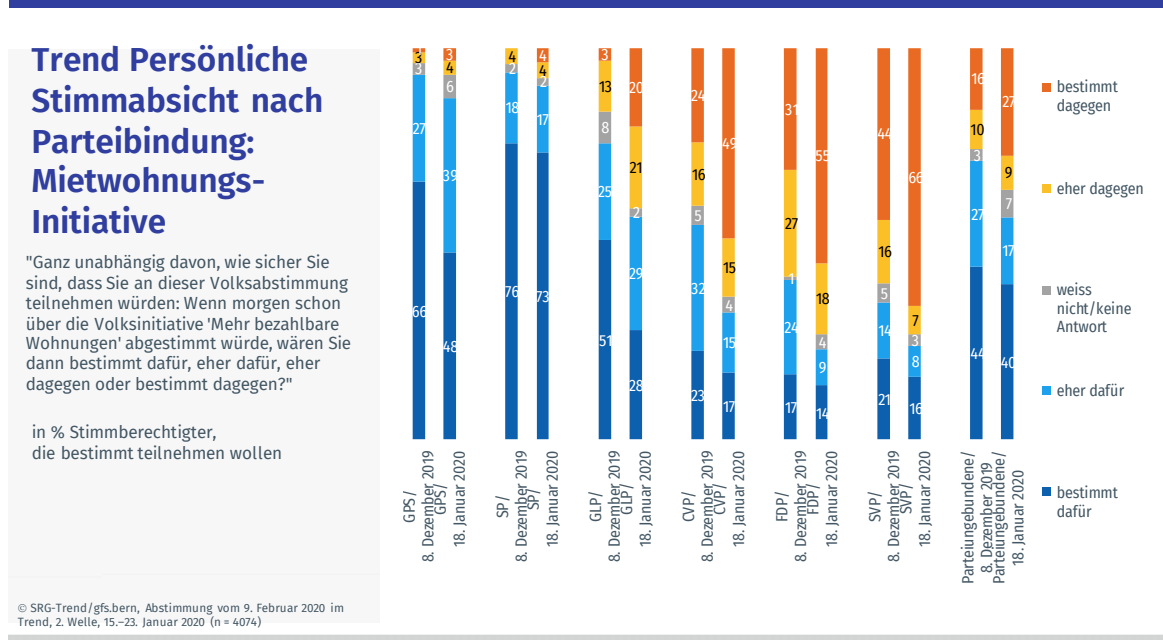
## 2.2.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die parteipolitische Konfliktkonstellation auf der Ebene der Stimmbürger\*innen war in der ersten Umfrage bereits klar: Je weiter links im Parteienspektrum, desto deutlicher ist die jeweilige Gruppe der Parteisympathisierenden für die Initiative. Dies hat sich in den letzten Wochen noch akzentuiert: Die politische Linke will nach wie vor fast geschlossen für die Initiative stimmen. Sowohl bei der Anhängerschaft der Grünen als auch der SP wollen weiterhin – bei leicht rückläufiger Tendenz – jeweils Mehrheiten von über 85 Prozent ein Ja in die Urne legen. Bei den Sympathisierenden der bürgerlichen Parteien ist die Zustimmung dagegen eingebrochen.

Der Nein-Trend im bürgerlichen Lager ist dort am stärksten, wo die Initiative am Anfang noch auf breite Sympathien stiess, namentlich bei den Anhänger\*innen der CVP. Wollten diese Anfangs Dezember 2019 noch mehrheitlich Ja stimmen, sind die Stimmabsichten nun klar mehrheitlich ins Nein gerutscht: Nur noch 32 Prozent (-23%-Punkte) von Ihnen sind zurzeit immer noch für die Initiative. Bei den Anhängern von FDP und SVP liegt der Zustimmungswert nun gar unter 25 Prozent.

Ähnlich wie auf der Ebene der Partei-Eliten, kann man nun auch auf der Ebene der Stimmberechtigten von einer klar "linken" Initiative sprechen. Das einzig Spezielle ist, dass die Parteungebundenen (57% Ja, -14%-Punkte) und die Anhängerschaft der GLP (ebenfalls 57% Ja, -19%-Punkte) immer noch relativ klar auf der Befürworter\*innen-Seite sind. Allerdings weisen beide Gruppen einen sehr deutlichen Nein-Trend auf.

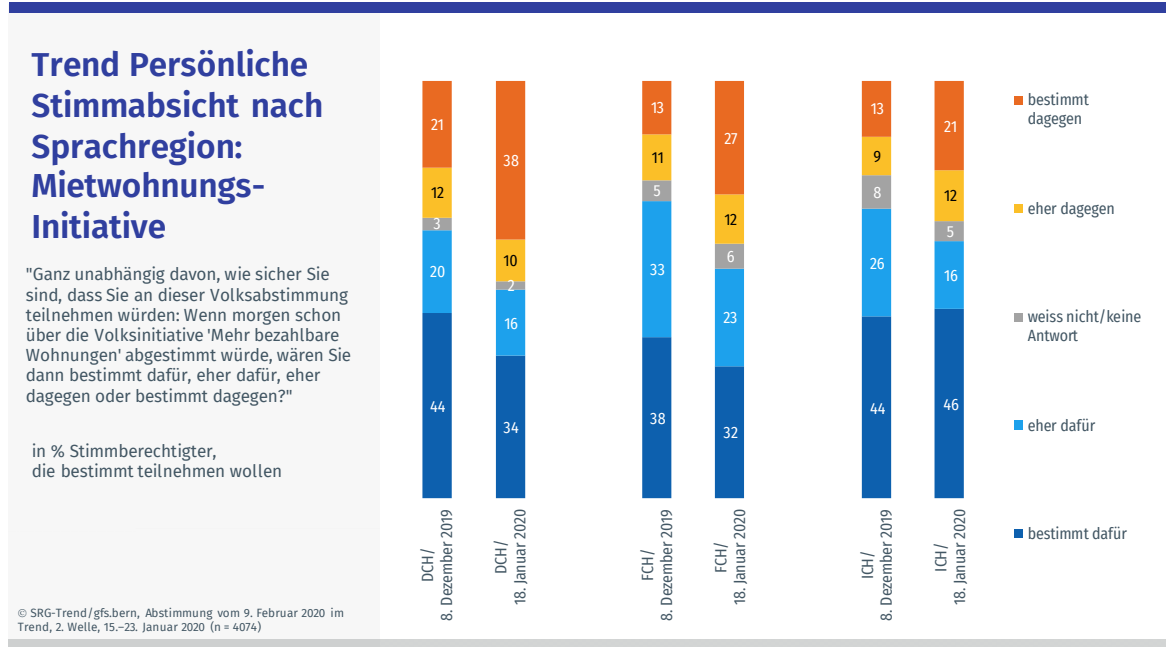
Grafik 12



Die starke Abnahme des Ja-Anteils bei den Stimmabsichten hat in allen drei untersuchten Sprachregionen in etwa im selben Ausmass stattgefunden:

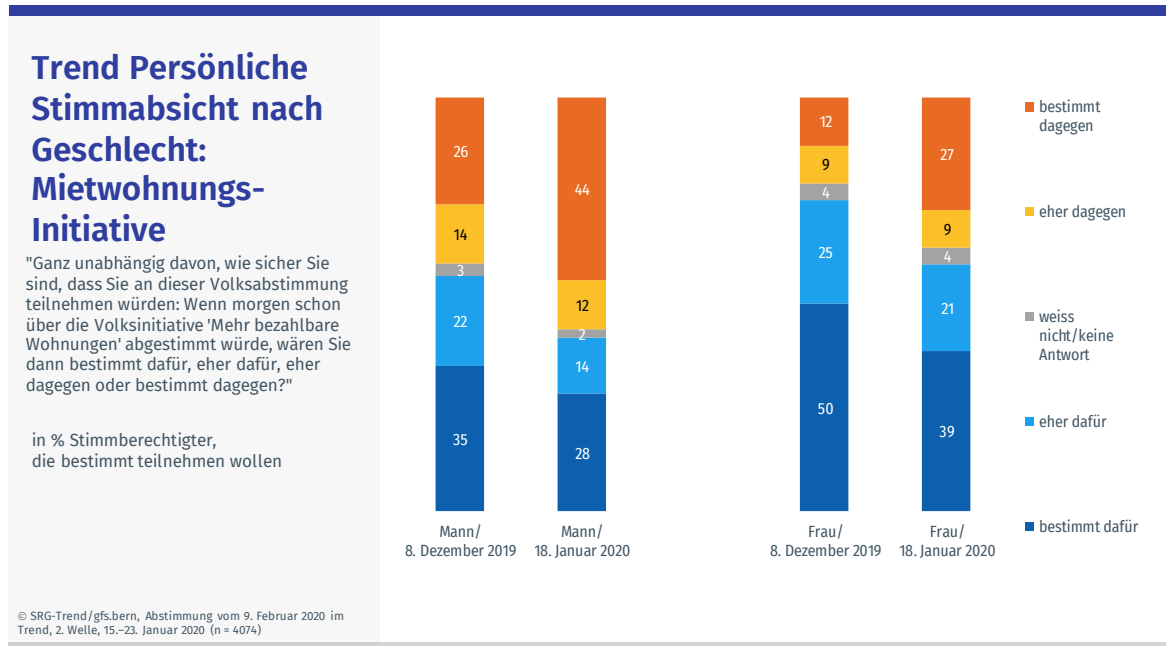
In der Deutschschweiz sind derzeit noch 50 Prozent für die Initiative (-14%-Punkte), während es in der Romandie noch 55 Prozent sind (-16%-Punkte). In der italienischsprachigen Schweiz ist die Zustimmung derzeit mit 62 Prozent Ja-Anteil (-8%-Punkte) am höchsten. Auch hier ist der Nein-Trend aber deutlich.

Grafik 13



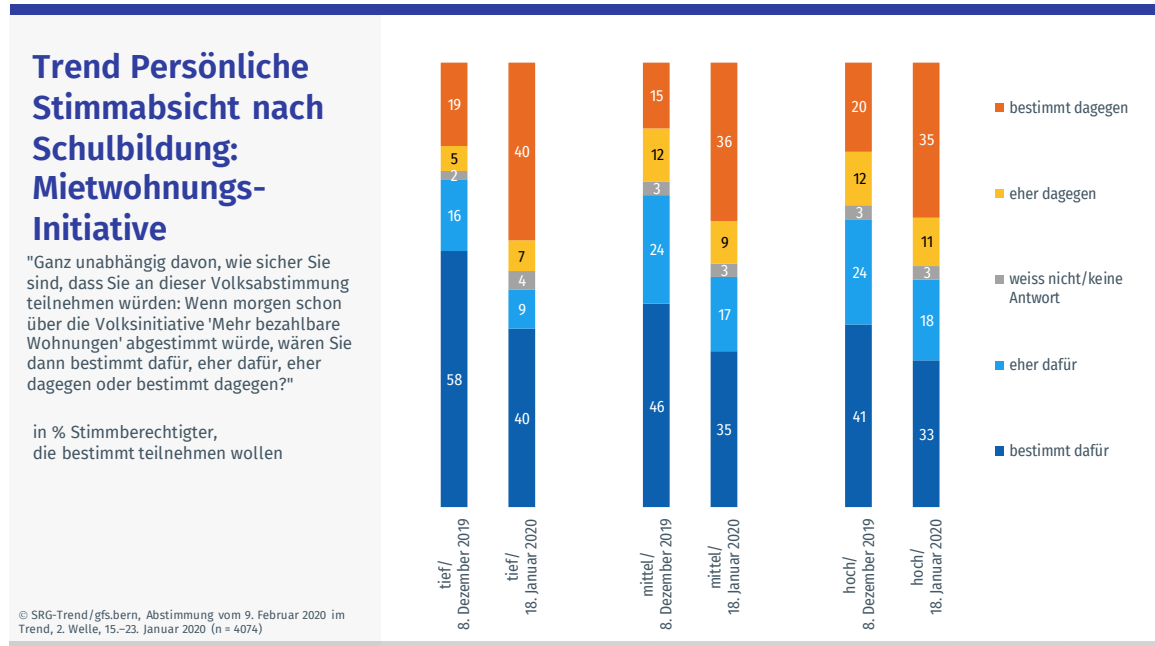
Bei den Geschlechtern sind die Differenzen seit der ersten Umfrage nicht kleiner geworden. Trotz einer Abnahme des Ja-Anteils ist die Unterstützung der Frauen (60% Ja, -15%-Punkte) für die Vorlage immer noch deutlich breiter, als bei den Männern (42 Prozent Ja, ebenfalls -15%-Punkte).

Grafik 14



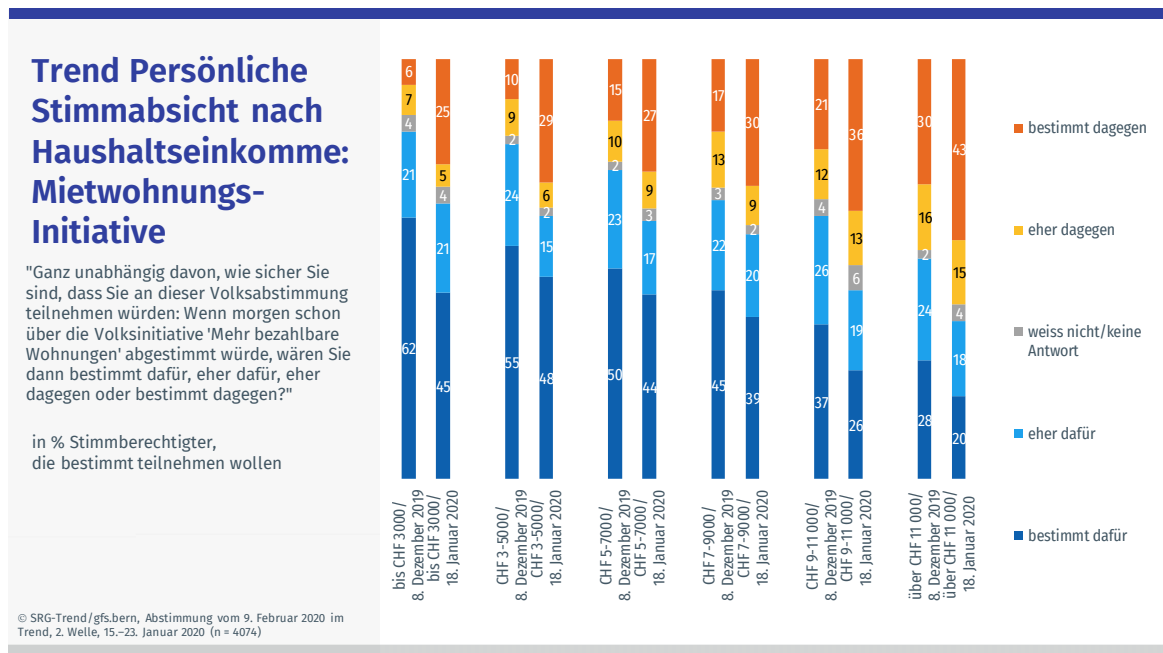
Ein sehr deutlicher Rückgang des Ja-Anteils kann bei Personen mit einer tiefen Schulbildung konstatiert werden. Stimmt diese in der ersten Umfrage noch mit einer überdeutlichen Mehrheit von 74 Prozent für die Vorlage, sind sie nun nicht mehr signifikant stärker für die Initiative, als die anderen beiden Bildungsgruppen. Die Ja-Anteile der drei Gruppen weisen nun - unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers - ungefähr die gleich grosse Zustimmung auf.

Grafik 15



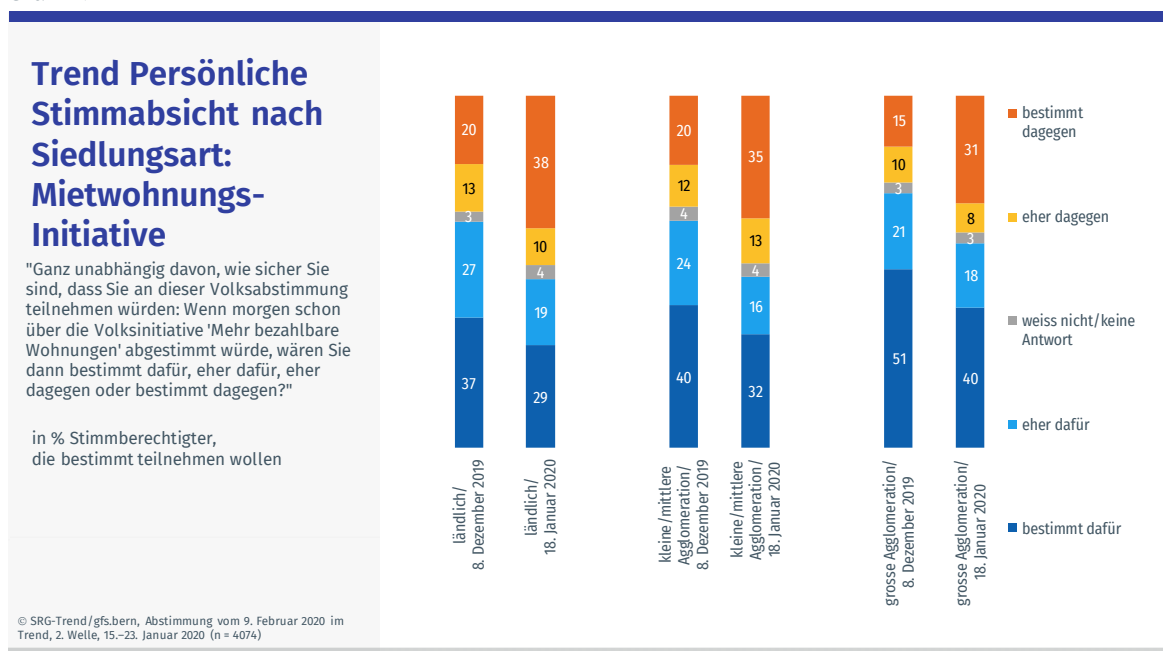
Bei den Einkommensgruppen kommt die stärkste Opposition gegen die Mietwohnungsinitiative weiterhin von der Gruppe der Reichsten. Bei Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter 9'000 CHF sind die Befürwortenden noch in der Mehrheit. Auch in diesen Gruppen gibt es aber deutliche Nein-Trends. Die höchste Einkommenskategorie mit über 11'000 CHF Einkommen pro Monat will dagegen klar mehrheitlich gegen die Vorlage stimmen.

Grafik 16



Dass Städter\*innen der Initiative positiver gegenüberstehen, als Bewohner\*innen von ländlichen Gebieten oder von kleinen und mittleren Agglomerationen, hat sich in dieser zweiten SRG-Umfrage bestätigt und der erwartete Stadt-Land-Graben zeichnet sich nun klar ab. Städter\*innen wollen immer noch klar mehrheitlich für die Initiative votieren, während es bei den übrigen Stimmberechtigten keine Mehrheiten mehr dafür gibt.

Grafik 7



Ein typischer Verlauf der Meinungsbildung zeigt sich in Bezug auf die Gruppen der Stimmberechtigten, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, respektive miss-trauen. Während die Mietwohnungs-Initiative bei den Regierungsmisstrauischen noch immer eine (knappe) Mehrheit hinter sich weiss (52% Ja, -11%-Punkte) sind die Regie-rungsvertrauenden nur noch zu 49 Prozent für die Vorlage (-17%-Punkte).

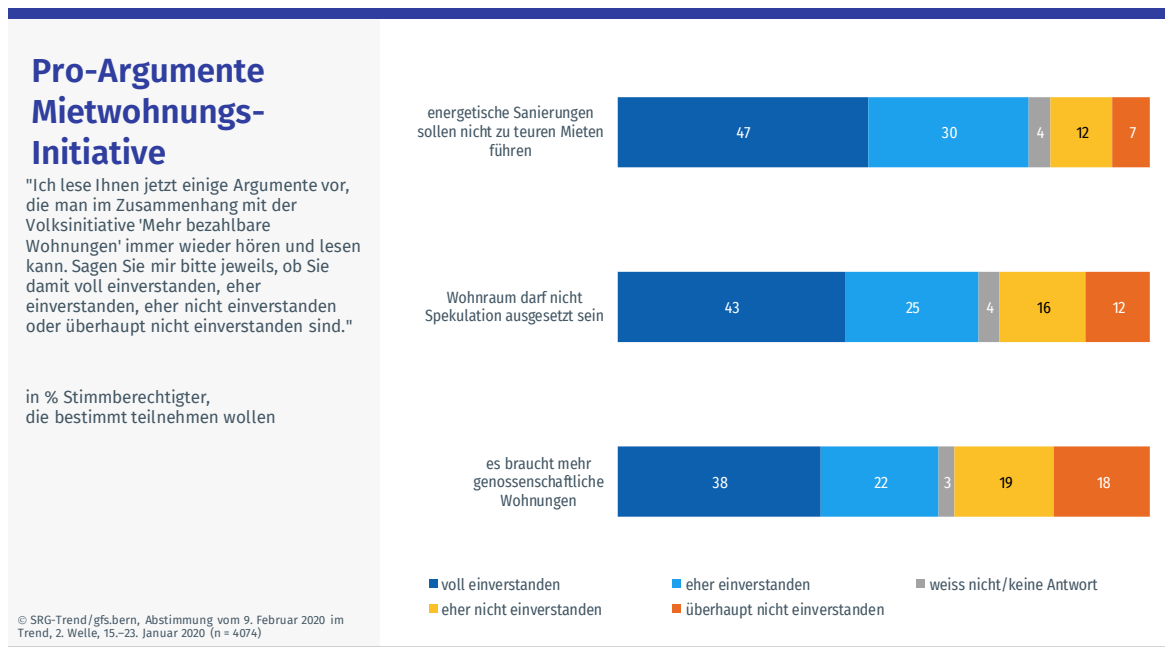
Die Differenz zwischen den beiden Gruppen hat sich damit im Vergleich zur ersten Umfrage leicht akzentuiert, was bei der Meinungsbildung zu Volksinitiativen ein oft zu beobachtendes Phänomen ist.

Nur wenig Veränderung ist zwischen den Altersgruppen feststellbar. Hier ist nun die Gruppe der unter 40-Jährigen am stärksten für die Initiative (56% Ja, -13%-Punkte). Danach folgen die über 64-Jährigen mit 50% Ja (-19 %-Punkte) und schliesslich die 40-64-Jährigen, bei welchen derzeit weniger als die Hälfte für die Initiative stimmen wollen (48% Ja, -14%-Punkte).

### 2.2.3 Argumententest

Trotz dem deutlichen Nein-Trend in den Stimmabsichten sind alle drei zentralen Pro-Argumente noch immer klar mehrheitsfähig:

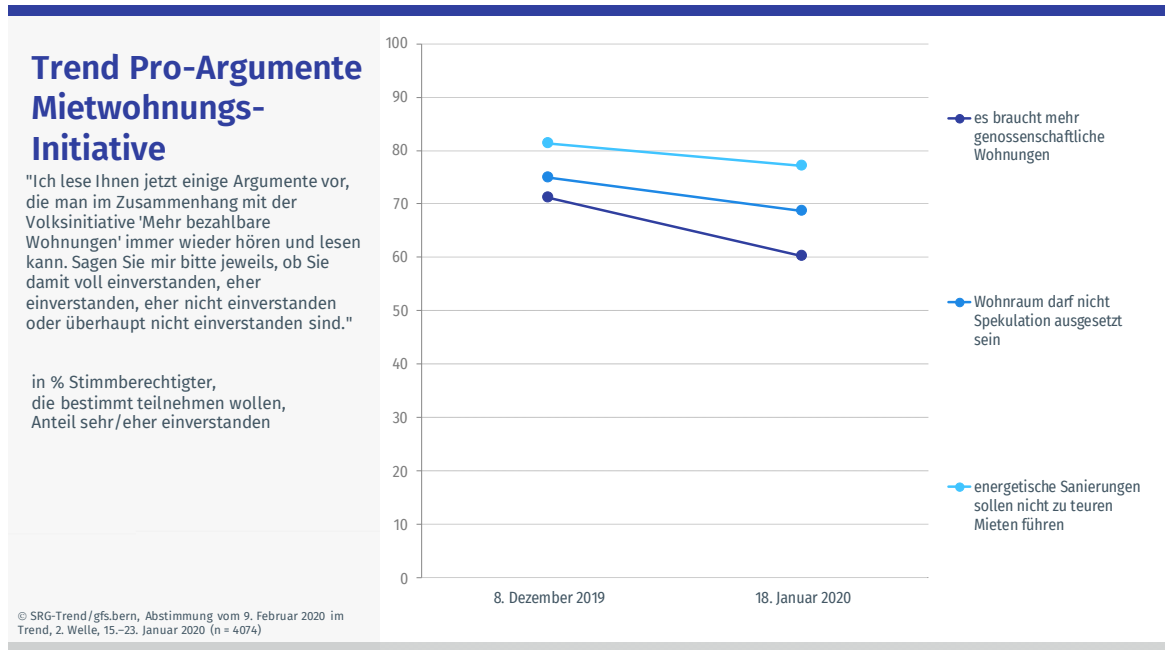
Grafik 8



Ganze 77 Prozent der teilnahmewilligen Stimmbürger\*innen sind weiterhin der Meinung, energetische Sanierungen sollen nicht zu teureren Mieten führen (wie dies bei der derzeitigen Regelung der Fall sein kann). 68 Prozent der Befragten finden, der Wohnraum dürfe nicht der Spekulation ausgesetzt sein, und eine klare Mehrheit des Stimmvolkes (60%) teilt auch weiterhin die grundsätzliche Problemsicht der Initianten: Es braucht mehr genossenschaftliche Wohnungen.

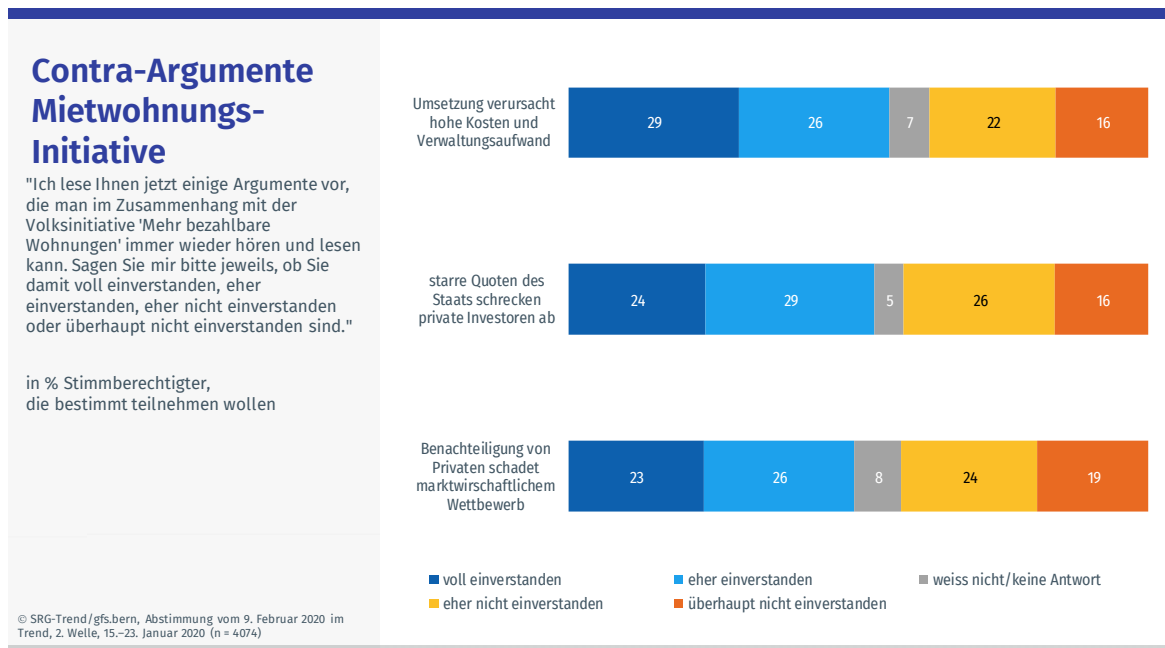


Grafik 19



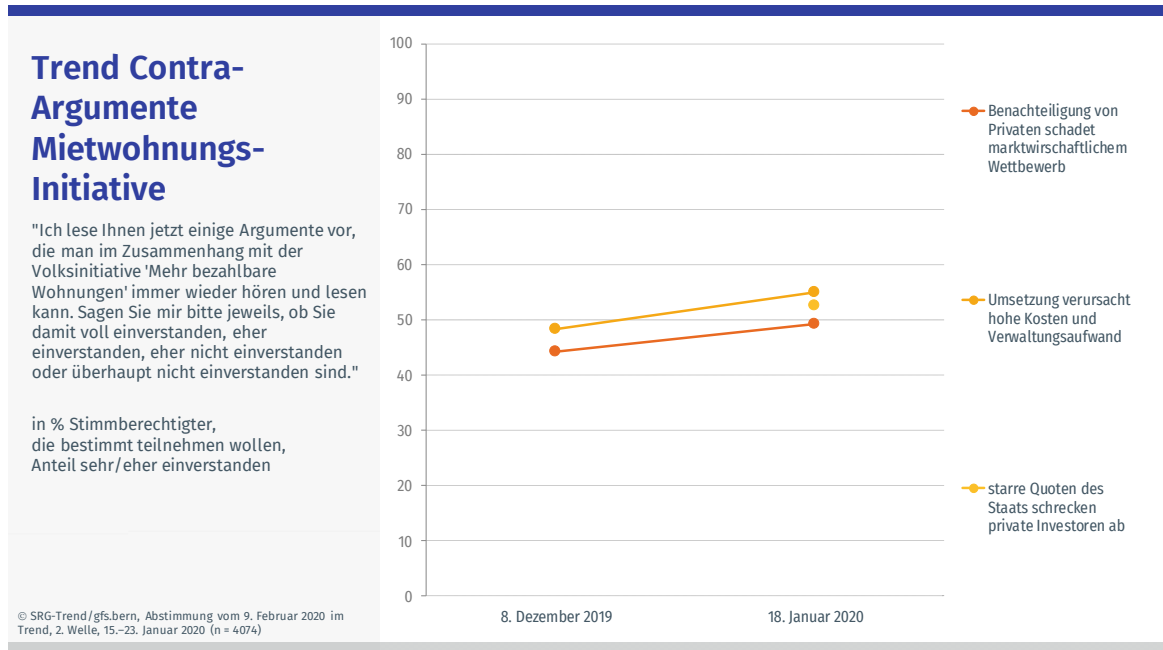
Zu allen drei Pro-Argumenten ist die Zustimmung allerdings rückläufig. In der ersten Umfrage von Anfang Dezember lag diese noch zwischen 71 und 81 Prozent, während nun die Werte zwischen 60 und 80 Prozent liegen.

Grafik 20



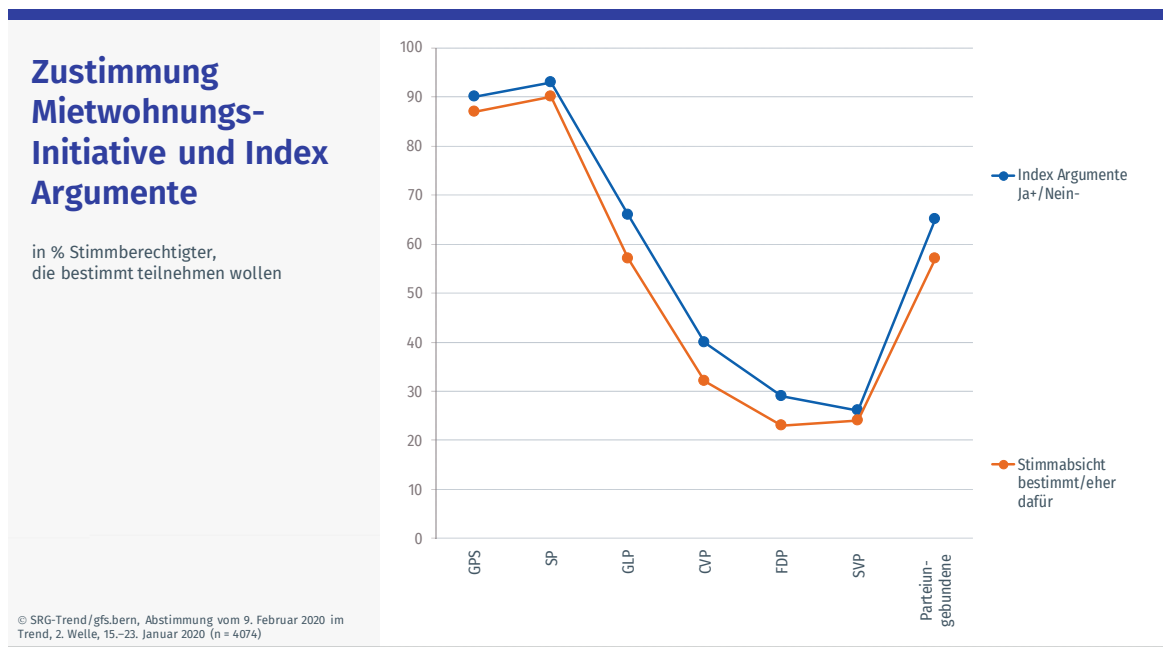
Parallel zum Anstieg der Nein-Stimmabsichten ist auch die Zustimmung zu den einzelnen Argumenten der Initiativ-Gegner gestiegen. Neu ist eine absolute Mehrheit von 55 Prozent der Befragten der Meinung, die Umsetzung der Initiative verursache hohe Kosten und hohen Verwaltungsaufwand. Fast gleich viele Stimmbürger\*innen (53%) teilen die Meinung, dass die starren staatlichen Quoten der Vorlage private Investoren im Wohnungsbau abschrecken und 49 Prozent des Stimmvolkes finden, die Benachteiligung von Privaten schade dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb.

Grafik 21



Allerdings zeigen die Zustimmungswerte zur Vorlage auch: Trotz zunehmender Unterstützung der Contra- und abnehmendem Zuspruch der Pro-Argumente sind die Initianten auf der argumentativen Ebene noch im Vorteil. Weiterhin steht eine Mehrheit des Stimmbolkes dem linken Ja-Lager näher als dem bürgerlichen Nein-Lager. Dies zeigt sich auch in der folgenden Grafik:

Grafik 22

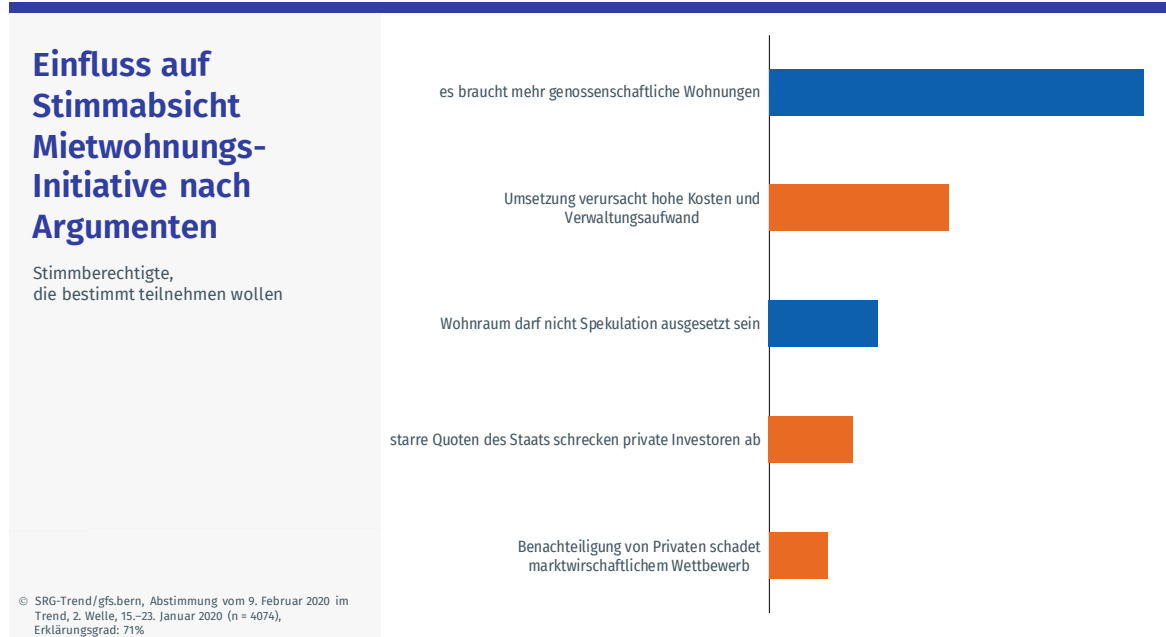


Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Während derzeit nur noch 51 Prozent der Stimmberechtigten für die Vorlage votieren wollen, tendieren immer noch 56 Prozent argumentativ eher zur Pro- als zur Contra-Seite. Am grössten ist diese Differenz bei den Sympathisanten der Mitte-Rechts Parteien GLP, CVP und FDP. Hier würde man rein aufgrund der Haltung zu den Argumenten, eine grössere Unterstützung der Initiative erwarten, als dies tatsächlich der Fall ist.

Ein Grund dafür, dass der Ja-Anteil bei den Abstimmungsabsichten tiefer ist, als die Zustimmung zu den Pro-Argumenten, ist Folgender: Das am breitesten unterstützte Pro-Argument hat keinen signifikanten Zusammenhang mit der Stimmabsicht. Zwar sind 77 Prozent der Befragten der Meinung, energetische Sanierungen dürfen nicht zu teureren Mieten führen. Aber dieses Argument fällt nicht unter die "abstimmungswirksamen" Pro- und Contra-Argumente, wie nachfolgende Graphik zeigt.

Grafik 23



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein eines Zusammenhanges zwischen unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) und einer abhängigen Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) führt. Der Erklärungsgrad/R<sup>2</sup> gibt Auskunft darüber, wie erklärungskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen signifikanten Zusammenhang mit der Stimmabsicht.

Die Haltung der Stimmberechtigten zu den Argumenten erklärt in der aktuellen Umfrage insgesamt hohe 71 Prozent ihrer Stimmabsichten zur Initiative.

Das zentralste Argument zur Erklärung der Stimmabsicht ist ganz klar die grundsätzliche Problemsicht auf die Thematik: Wer die Problemsicht der Initiant\*innen teilt und der Meinung ist, dass es grundsätzlich mehr genossenschaftliche Wohnung braucht, der ist auch mit einer klar überdurchschnittlichen Wahrscheinlichkeit für die Initiative (und umgekehrt). Aber auch die drei getesteten Contra-Argument haben einen signifikanten Zusammenhang mit der Stimmabsicht in die erwartete Richtung. Stimmt man diesen zu, ist man eher gegen die Initiative als wenn man diese Argumente nicht teilt. Das ist der grosse Unterschied zur ersten Befragung, als die Nein-Seite die Debatte noch kaum überzeugend prägte. Für Initiativen ist es typisch, dass die relevante Nein-Sicht im Verlauf des Abstimmungskampfes immer mehr die Überhand gewinnt.

## 2.2.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Mietwohnungs-Initiative war mit einer breiten Unterstützung in die Hauptphase der Abstimmungskampagne gestartet. Sie hat aber in den vergangenen Wochen deutlich an Zustimmung eingebüsst und wird derzeit nur noch von einer sehr knappen Mehrheit unterstützt. Die Tatsache, dass vor allem im bürgerlichen Lager die Zustimmung weggebrochen ist, deutet darauf hin, dass es sich um eine klassische linke Initiativ-Vorlage handelt, welche typischerweise bis zum Urnengang weiter an Unterstützung verlieren und schliesslich mehrheitlich abgelehnt werden wird.

Ein Lichtblick für die Befürworter ist, dass auf der argumentativen Ebene die Ja-Seite immer noch etwas stärker zu überzeugen vermag, als die Gegner der Initiative. Insbesondere wird die grundsätzliche Problemsicht der zu wenigen Genossenschaftswohnungen weiterhin von einer Mehrheit des Volkes geteilt und es ist gleichzeitig auch dasjenige Argument, welches am stärksten auf die Stimmabsicht einwirkt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass ein Erfolg der Mietwohnungs-Initiative an der Urne noch nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Allerdings ist es derzeit der einzige Faktor, welcher in diese Richtung deutet. Kommt hinzu, dass auch bei den Argumenten eine klare Tendenz Richtung Nein erkennbar ist.

Der allgemeine Rückgang des Ja-Anteils hat dazu geführt, dass einzelne Gruppen des Stimmvolkes (bereits jetzt) mehrheitlich im Nein-Lager sind. Dies ist namentlich bei den Männern, den Personen mit hohem Einkommen und den Parteisympathisant\*innen von CVP, FDP und SVP der Fall. Aber auch bei den übrigen Gesellschaftsgruppen ist durchwegs eine Abnahme der Zustimmungsbereitschaft feststellbar. Geht die Initiative weiter den typischen Weg einer fast ausschliesslich von der politischen Linken gestützten Vorlage, wie es sich in dieser Umfrage verstärkt abgezeichnet hat, ist bei den meisten dieser Gruppen zu erwarten, dass sie ebenfalls noch mehrheitlich ins Nein kippen werden.

Für eine Ablehnung der Mietwohnungs-Initiative durch die Mehrheit des Schweizer Stimmvolkes spricht schliesslich auch die Erwartung des Abstimmungsausganges durch die Stimmberechtigten selbst. Auch dort zeichnet sich ein klarer Nein-Trend ab: Nur noch 41 Prozent der Stimmberechtigten, welche bestimmt am Urnengang teilnehmen wollen, gehen davon aus, dass die Mietwohnungs-Initiative in drei Wochen vom Stimmvolk angenommen wird. Dass dieser Anteil so tief ist und klar unter dem Anteil der Personen liegt, welche derzeit noch Ja stimmen wollen, ist normalerweise ein klares Indiz dafür, dass es für eine Vorlage sehr schwierig wird, am Abstimmungssonntag eine Mehrheit zu finden. Eine weitere Abnahme des Anteils der Befürwortenden sowie eine Zunahme des Nein-Anteils darf deshalb als wahrscheinlichstes Szenario eingestuft werden. Ist dies der Fall wird die derzeit sehr knappen Ja-Mehrheit in ein mehrheitliches Nein an der Urne kippen.

**Tabelle 2: Indikatoren der Einschätzung der Mietwohnungs-Initiative**

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R <sup>2</sup>	Stimmabsichten	Prädispositionierung	Trenderwartung Dispositionsansatz
dafür	NR: 29% SR: 30%	GPS, SP	48%	56%		51%		Abnahme Ja
dagegen	NR: 71% SR: 70%	GLP, CVP, BDP, FDP, SVP		38%		45%		Zunahme Nein
					71%		69%	

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 9. Februar 2020 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Januar 2020 (n = 4074)

## 2.3 Anti-Diskriminierungs-Gesetz

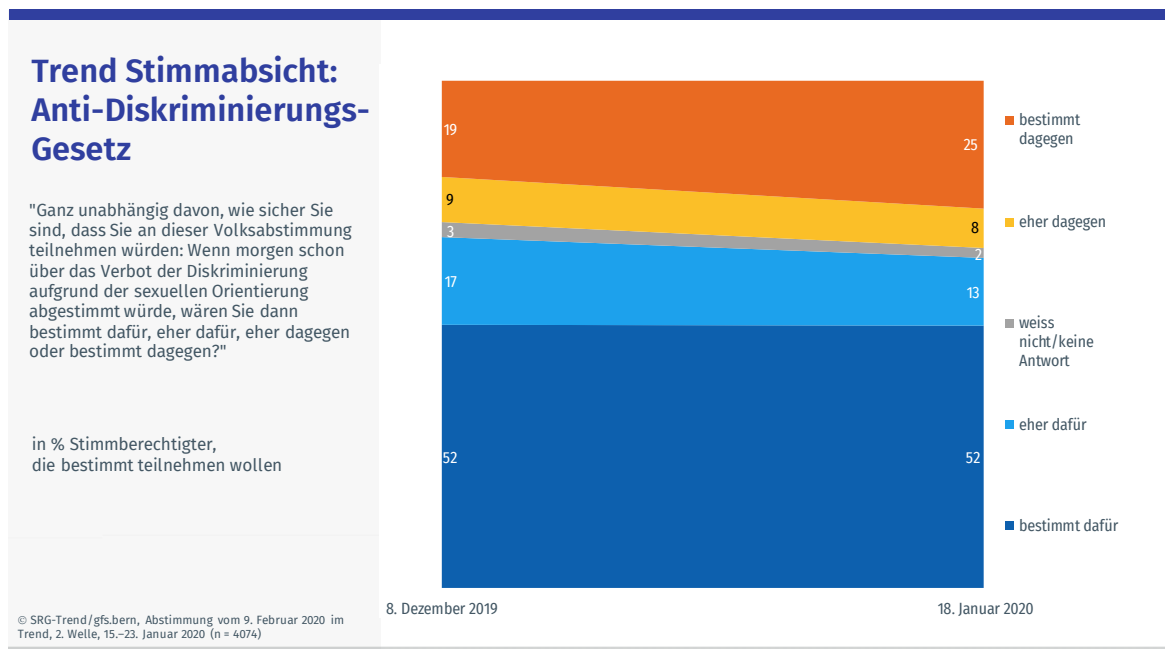
### 2.3.1 Vorläufige Stimmabsichten

Drei Wochen vor der Abstimmung will eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Schweizer Stimmbürger\*innen mit Teilnahmeabsicht für das Anti-Diskriminierungsgesetz stimmen. Das Nein-Lager vereinigt 33 Prozent der Stimmbürger\*innen und nur 2 Prozent sind noch unentschieden.

Mit dem breiten Einsetzen des Abstimmungskampfes wurde die Meinungsbildung von einer leichten Polarisierung erfasst: Der Ja-Anteil ist leicht gesunken, der Nein-Anteil entsprechend gestiegen. Der Vorsprung der Ja-Seite bleibt mit 33 Prozentpunkten komfortabel, hat sich jedoch innert Monatsfrist etwas verringert (-8 %-Punkte).

Das Meinungsbild hat sich weiter verfestigt: 77 Prozent der Stimmberechtigten (+6 %-Punkte) äussern dezidierte Stimmabsichten und auch hier führt die Ja-Seite deutlich.

Grafik 24



Bis zum Abstimmungstag können aufgrund der laufenden Kampagnen für und gegen die Vorlage aber auch aufgrund von Mobilisierungseffekten Änderungen der geäusserten Stimmverhältnisse eintreten. Das von der zweiten SRG-Trendumfrage bestätigte eindeutig positive und gefestigte Meinungsbild reduziert aber die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen in den Stimmabsichten. Eine Umkehr der Mehrverhältnisse kann auf dieser Basis ausgeschlossen werden, so dass ein Ja zum Anti-Diskriminierungsgesetz am 9. Februar 2020 nach wie vor das wahrscheinlichste Szenario ist.

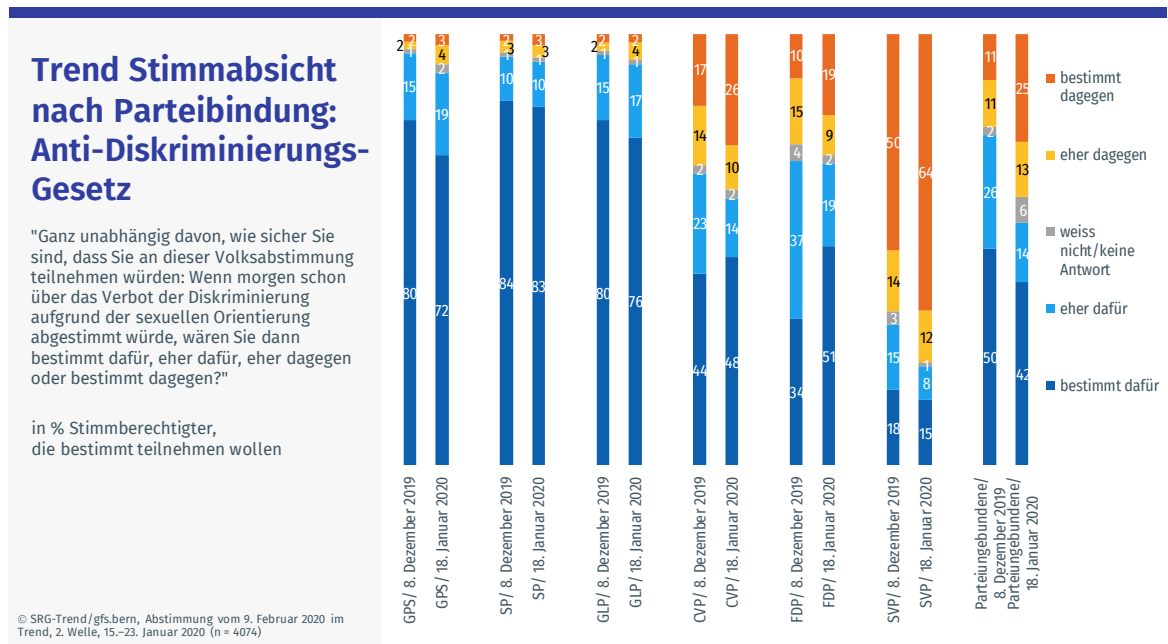
### 2.3.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Parteipolitisch sind die Fronten bezogen: Anhänger\*innen der SVP lehnen die Vorlage als einzige Gruppe mehrheitlich ab. Alle anderen Parteianhängerschaften, wie auch parteiungebundene Wähler\*innen, sind im Ja. Bei Sympathisant\*innen der Grünen, der SP und der GLP ist dies deutlicher der Fall als bei Anhänger\*innen der CVP und FDP.

Damit folgen die Wählerschaften der sechs grössten Parteien mehrheitlich der Parole ihrer jeweiligen Partei. Bei keiner Partei zeichnen sich namhafte Elite-Basis Konflikte ab.

Die Trends der Meinungsbildung verlaufen auf unterschiedlichem Niveau gleich: Die Nein-Anteile steigen, die Ja-Anteile stagnieren oder sinken leicht. Im linken Umfeld ist dabei klar weniger Bewegung auszumachen als in der Mitte oder rechts davon. Setzt sich der bisherige Nein-Trend bei Parteiungebundenen ungebremst fort, ist die Zustimmung dieser Gruppe am 9. Februar 2020 nicht gesichert. Aktuell findet sich aber auch in diesem Umfeld noch eine Ja-Mehrheit.

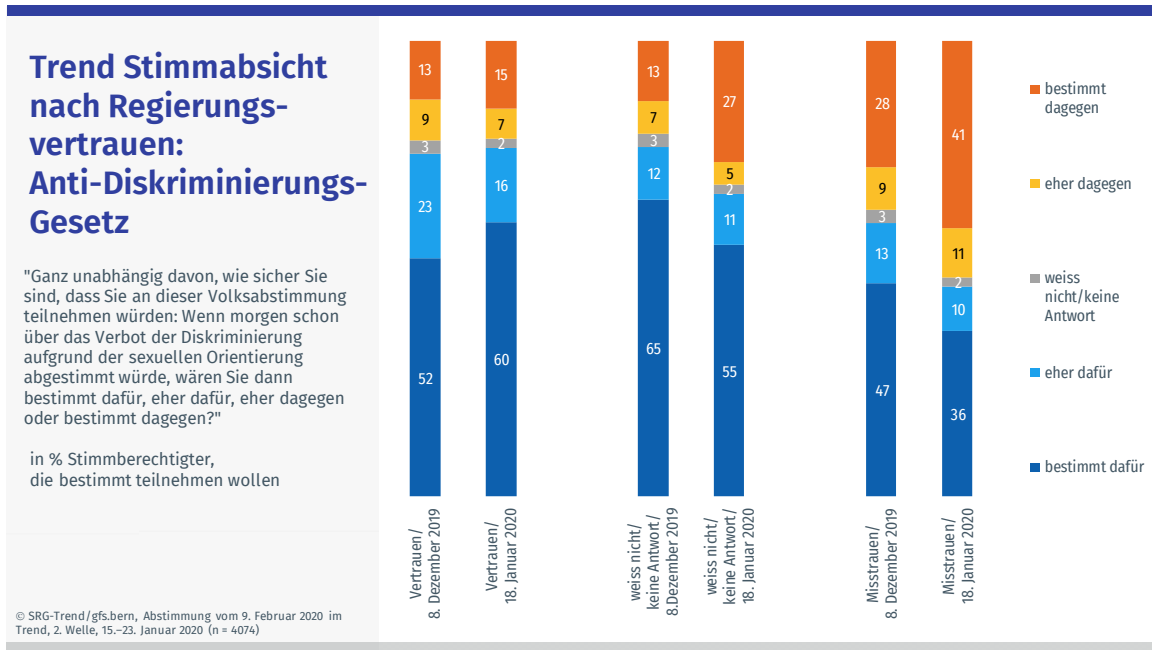
Grafik 25



Die Unterstützung des Vorlage ist bei regierungskritischen Stimmberechtigten bereits im Einbruch begriffen. Waren sie in der ersten SRG-Trendumfrage noch mehrheitlich für das Anti-Diskriminierungsgesetz, gibt eine Mehrheit der Regierungskritischen in der zweiten Umfrage an, gegen die Vorlage stimmen zu wollen.

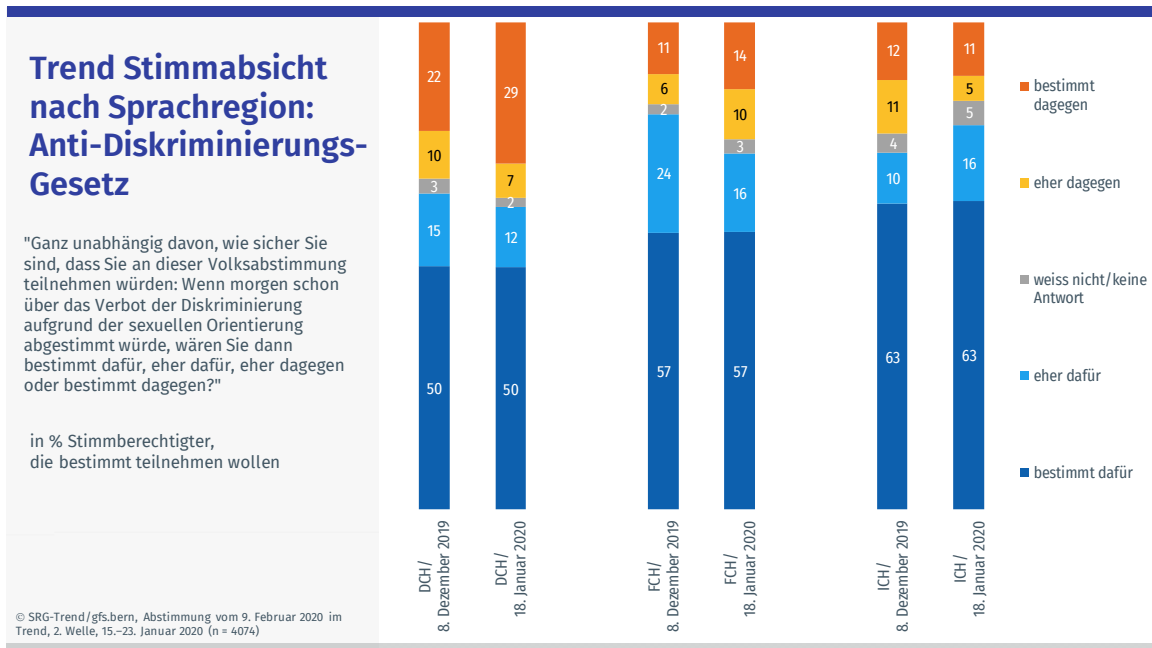
Bei Stimmberechtigten mit Vertrauen in die Regierung erweisen sich die Mehrheitsverhältnisse als stabil und sind deutlich im Ja. Letzteres gilt auch für Teilnahmewillige, welche sich in der Frage des Regierungsvertrauens undifferenziert äussern.

Grafik 26



Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg gefestigt und fällt überall zugunsten des Anti-Diskriminierungsgesetzes aus. Die italienischsprachige Schweiz weist die höchste Zustimmung auf, gefolgt von der französischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist die Zustimmung auch in der Deutschschweiz, allerdings zeigt sich dort der stärkste Widerstand gegen die Vorlage. In der französisch- und deutschsprachigen Schweiz finden sich leichte Nein-Trends, während sich in der italienischsprachigen Schweiz das Gegenteil manifestiert.

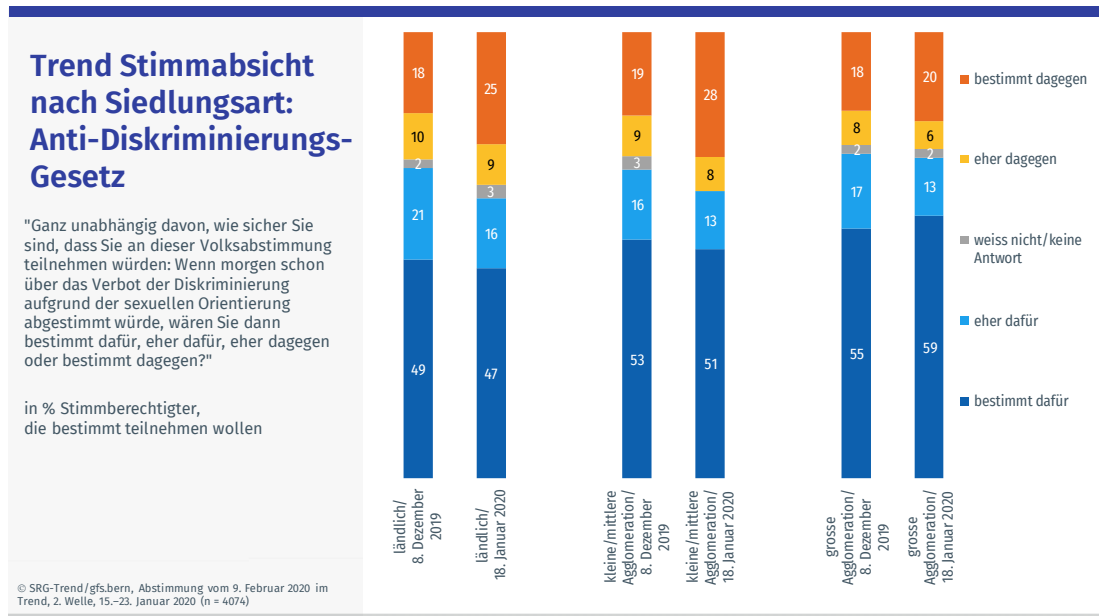
Grafik 27





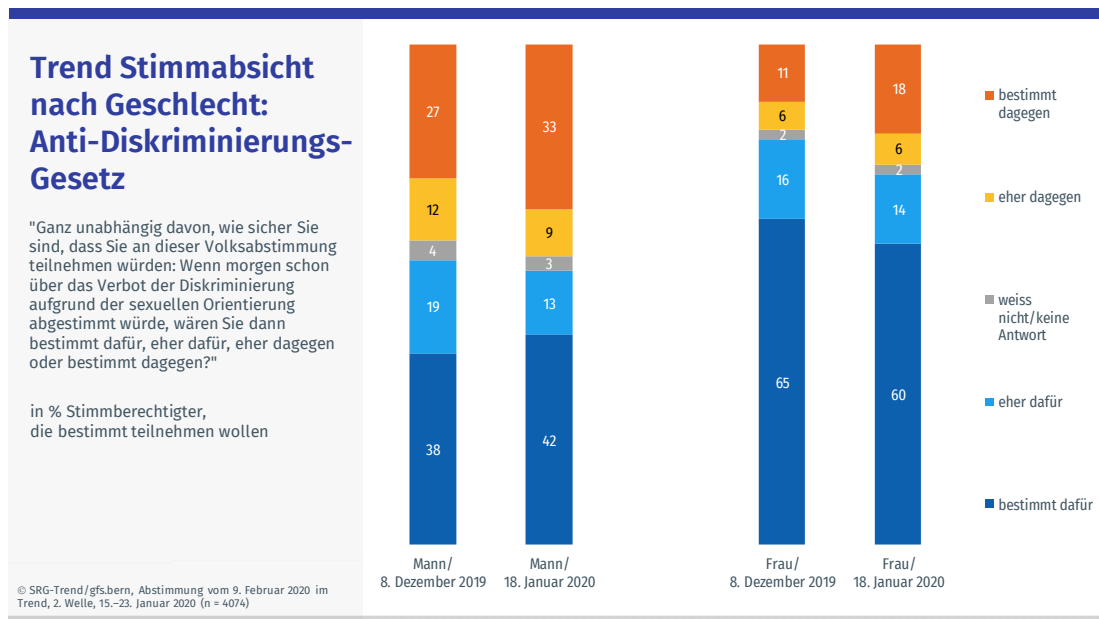
Die Analyse der Siedlungsgebiete verweist ebenfalls auf flächendeckende Zustimmung, wobei die Zustimmung im urbanen Raum deutlicher ausfällt als in kleinen und mittleren Agglomerationen oder in ländlichen Gebieten der Schweiz. Während sich die Stimmabsichten der Städter\*innen innert Monatsfrist kaum bewegt haben, ist die Zustimmung auf dem Land und in kleinen und mittleren Agglomerationen bei steigendem Nein-Anteil rückläufig.

Grafik 28



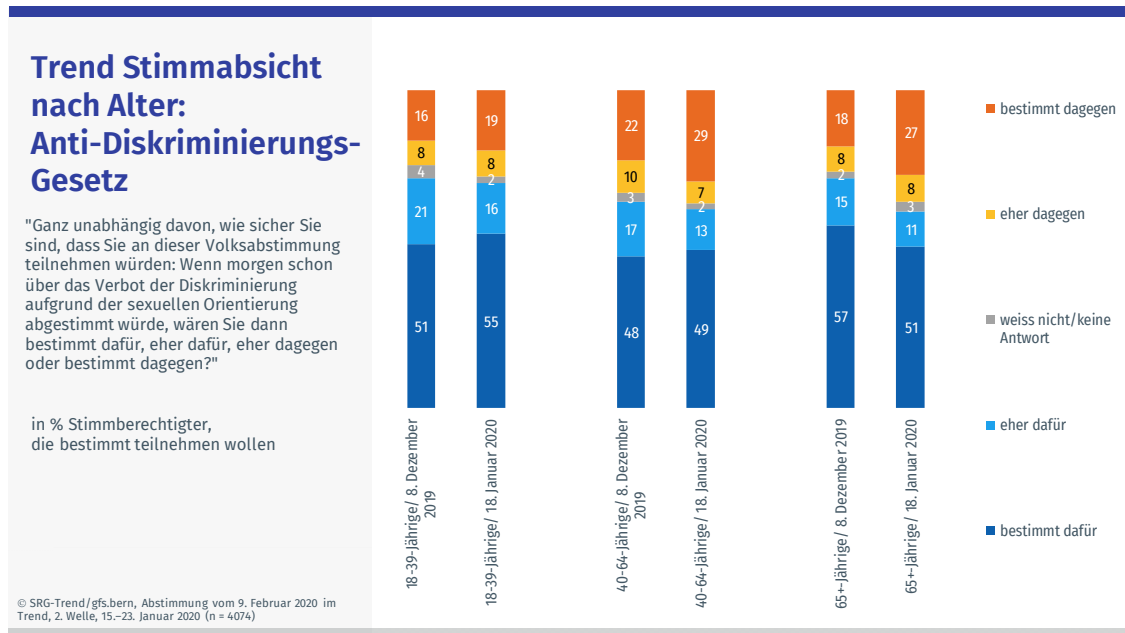
Bestehen bleibt der akzentuierte Geschlechterunterschied. Zwar wollen Männer und Frauen das Anti-Diskriminierungsgesetz mehrheitlich annehmen, Frauen jedoch klar deutlicher als Männer. Neben SVP-nahen Wähler\*innen und regierungskritischen Personen gehören Männer damit zu den kritischsten Gruppen.

Grafik 29



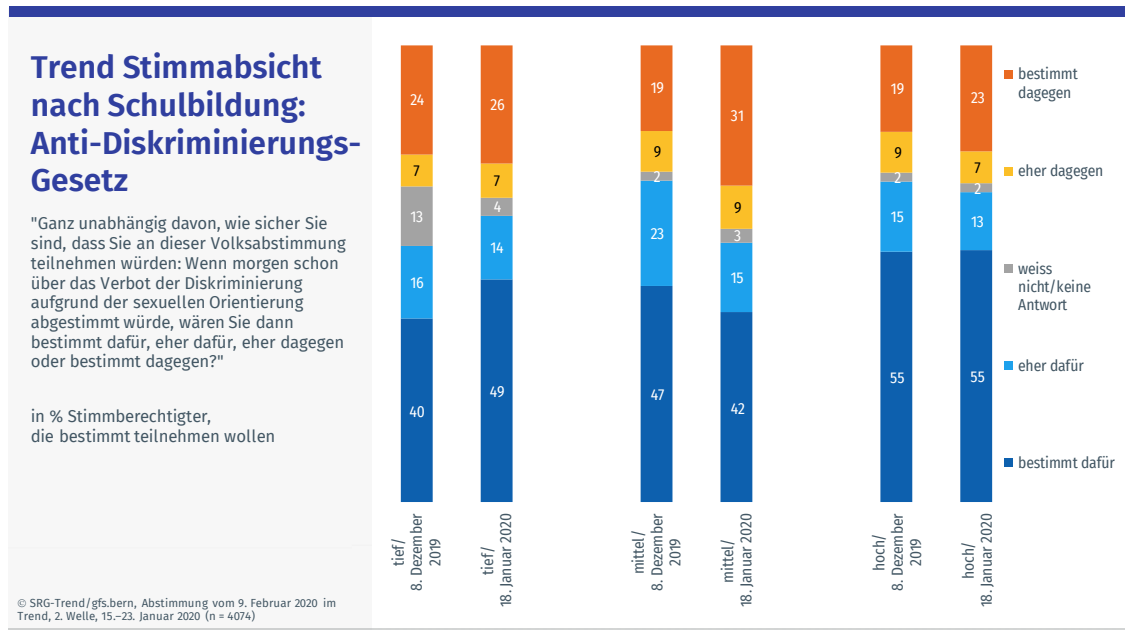
Nach Alter betrachtet bleiben die Unterschiede geringfügig. Zwar zeigen sich Befragte ab 40 Jahren gemessen am Nein-Anteil etwas kritischer als Jüngere, der Diskriminierungsschutz für Homo- und Bisexuelle ist jedoch keine wirkliche Generationenfrage.

Grafik 30



Eher noch spielen sozioökonomische Faktoren eine Rolle, wie das Beispiel der Schulbildung zeigt: Tief-, Mittel- und Hochgebildete bringen der Vorlage mehrheitliche Zustimmung entgegen. Hochgebildete tun dies trotz schwacher Polarisierung zum Nein nach wie vor am deutlichsten. Klar kritischer als noch vor einem Monat zeigen sich allerdings Teilnehmewillige mit mittlerem Bildungsstand. Aufgrund eines Nein-Trends sind sie trotz Zustimmungsmehrheit neu auch zu den kritischeren Gruppen zu zählen.

Grafik 31



Unter dem Strich erweist sich das Konfliktmuster am stärksten politisch geprägt, denn die einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-nahe Wähler\*innen und regierungskritische Teilnehmewillige.

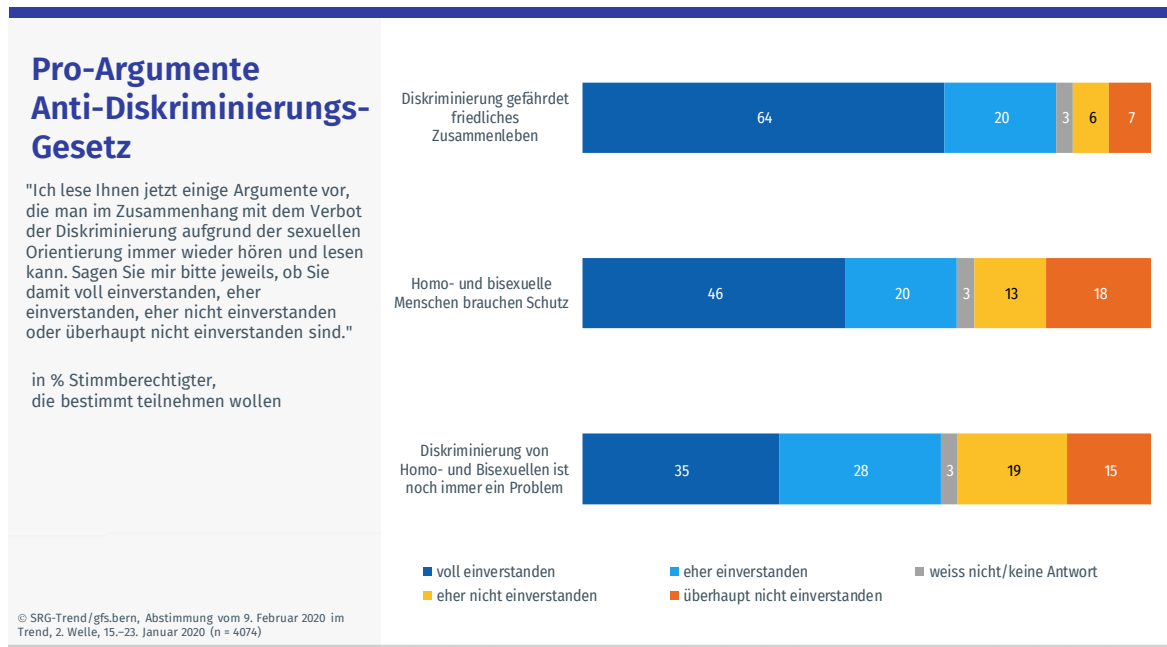
Ansonsten herrscht trotz einiger negativer Untertöne, die im Abstimmungskampf vermittelt werden konnten, breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Anti-Diskriminierungsgesetzes.

### 2.3.3 Argumententest

Argumentative Haltungen bestimmen die Stimmentscheide stärker als Persönlichkeitsmerkmale und nicht nur in Bezug auf die Stimmabsichten, auch argumentativ bleibt die Pro-Seite im Vorteil. Alle drei getesteten Pro-Argumente erweisen sich als mehrheitsfähig.

Eine überwältigende und stabile Mehrheit ist der Ansicht, dass Diskriminierung das friedliche Zusammenleben gefährde und in einer freien und auf Menschenwürde bedachten Gesellschaft keinen Platz habe. Heute ist nur Diskriminierung aufgrund der Rasse, Ethnie oder Religion strafbar. Dass homo- und bisexuelle Menschen den gleichen Schutz brauchen, unterstützen zwei Drittel der Stimmbürger\*innen. Dieses Argument ist als einziges Pro-Argument leicht unter Druck geraten (-4 %-punkte). Stabile 63 Prozent geben sich einverstanden mit der Aussage, dass die Diskriminierung von Homo- und Bisexuellen noch immer ein Problem in der Schweiz sei.

Grafik 32

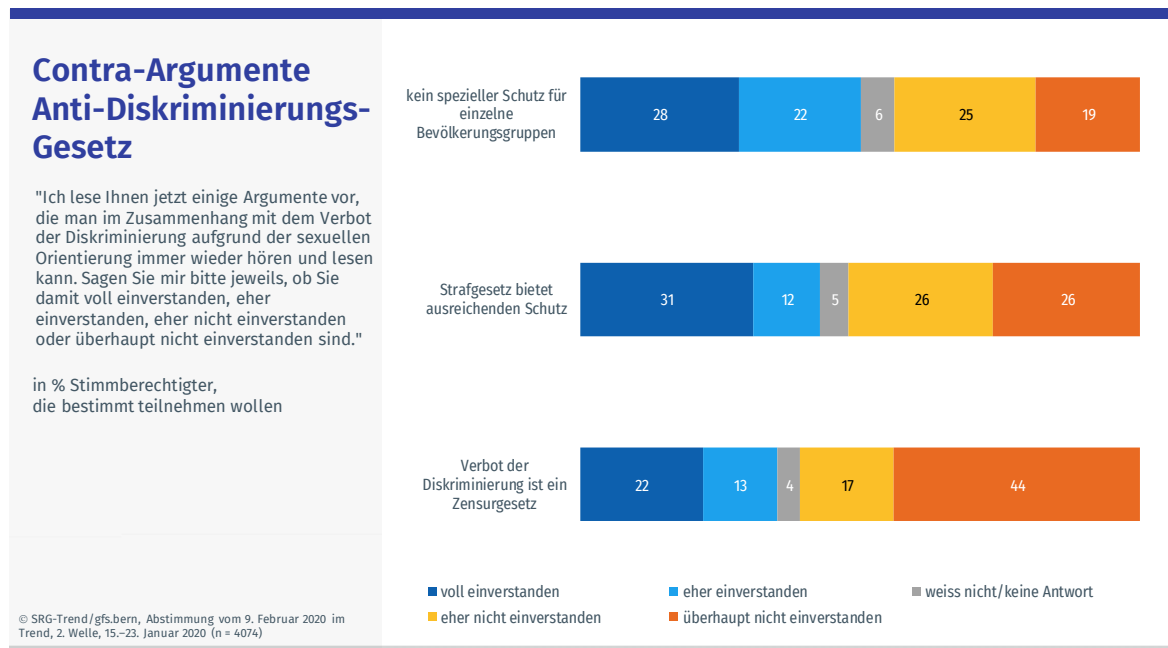


Von den drei getesteten Contra-Argumenten erzielt nach wie vor nur eines eine (knappe) Unterstützungsmehrheit: Wenn Homo- und Bisexuelle speziellen Schutz erhielten, würden bald Begehren von weiteren Gesellschaftsgruppen folgen.

Dass durch das Strafgesetz ausreichender Schutz (gegen Ehrverletzung, Beschimpfung, Drohung, üble Nachrede oder Verleumdung) existiere und ein zusätzliches Gesetz nicht nötig sei, wird von einer knappen Mehrheit verworfen. Und mit dem Schlagwort "Zensurgesetz" scheint die Gegnerschaft nur bedingt zu punkten. Einzig im Umfeld der SVP-Wählerschaft und bei Regierungsmisstrauischen verfängt diese Argumentation.

Bewegt hat sich an diesen Einschätzungen fast nichts.

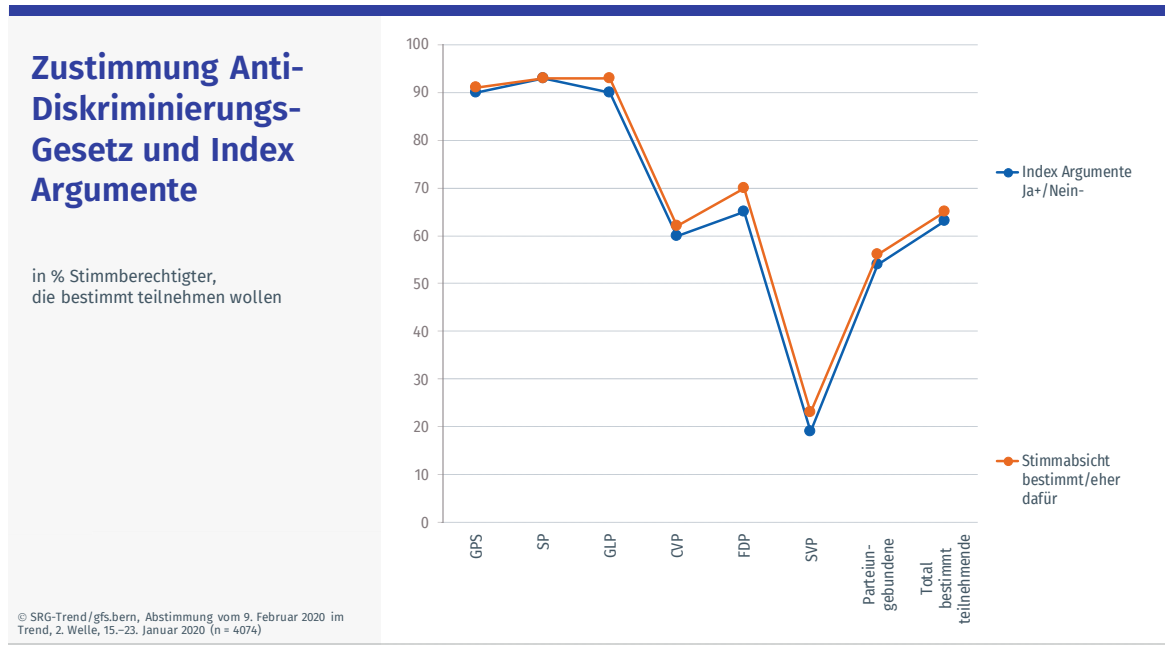
Grafik 339



Addiert man die Bewertungen der einzelnen Argumente, stehen 63 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten den Botschaften der Pro-Seite näher. 34 Prozent stehen argumentativ der Haltung der Nein-Seite näher. Der Abstimmungskampf hat dieses Verhältnis nicht namhaft beeinflusst. Er hat aber dazu geführt, dass sich die geäußerten Stimmabsichten dem argumentativen Mehrheitsverhältnis angeglichen haben. Der Anteil Teilnahmewilliger, welche auf der argumentativen Ebene eher für das Anti-Diskriminierungs-Gesetz sind, liegt nur noch minim unter den geäußerten Stimmabsichten.

Gleiches gilt nun auch für alle Parteiwählerschaften: Argumentative Haltungen und Stimmabsichten haben sich über den Kampagnenverlauf angeglichen. Wie in der ersten Umfrage richtig vermutet, haben zuvor bestehende Diskrepanzen (höhere geäußerte Zustimmungswerte als argumentative Zustimmung) im SVP- und FDP-Umfeld sowie bei Parteiungebundenen dazu geführt, dass die Ja-Anteile in der Hauptkampagnenphase leicht gesunken sind, weil sich die Stimmabsichten an die argumentativen Haltungen angeglichen haben. Ebenfalls wie vermutet wurden jedoch die existierenden Mehrheitsverhältnisse davon nicht beeinflusst.

Grafik 34



Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Der Zusammenhang zwischen Argumenten und Stimmentscheid ist noch stärker als in der ersten SRG-Trendumfrage: 79 Prozent der individuellen Stimmabsichten können durch die Haltung zu den Argumenten erklärt werden (+5 %-Punkte). Die geäußerten Stimmentscheide sind weit mehr als nur ein Bauchgefühl.

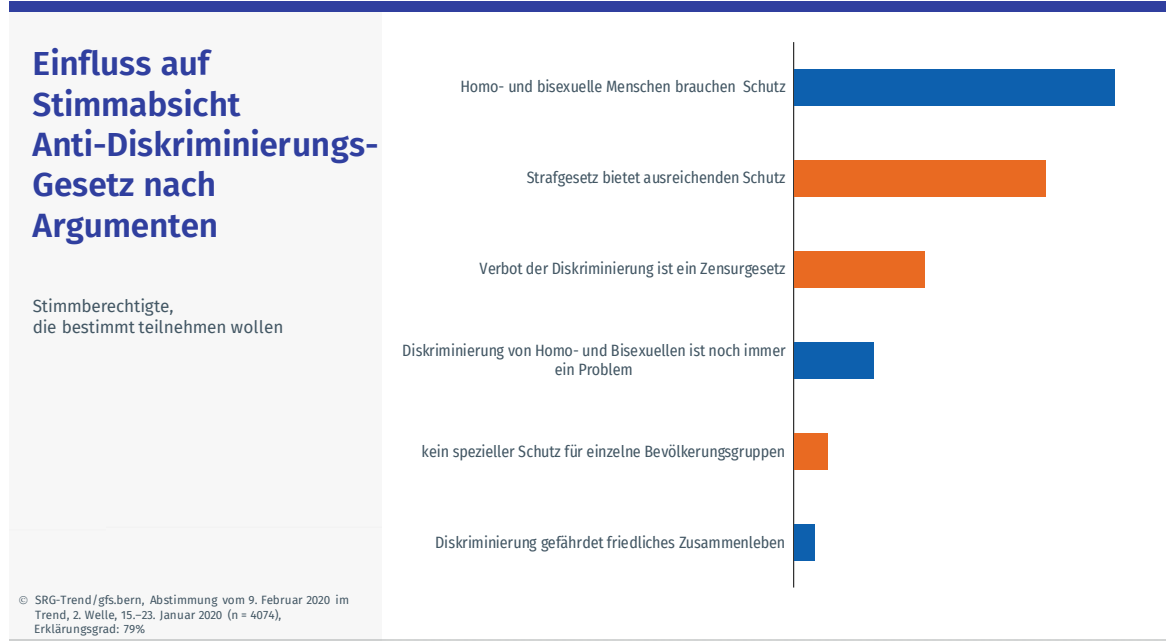
Analysiert man die Wirkungen der Botschaften auf die Stimmabsichten, resultiert daraus die nachstehende Grafik auf Basis einer Regressionsanalyse: Alle sechs getesteten Argumente korrelieren signifikant mit dem Stimmentscheid. Die Unterstützung der Pro-Argumente führt dabei zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass das Anti-Diskriminierungs-Gesetz unterstützt wird. Bei den Contra-Argumenten verhält es sich umgekehrt.

Die Notwendigkeit, den Rassismus-Artikel auf sexuelle Orientierung auszuweiten, ist der mit Abstand stärkste Grund für die Zustimmung zur Vorlage. Die Infragestellung dieser Notwendigkeit ist der stärkste Grund dagegen. Wer nämlich findet, das Strafgesetz biete ausreichenden Schutz, will gegen die Vorlage stimmen.

Weiter befördert die Anerkennung des Problemdrucks ein Ja zur Vorlage, das Gefühl zensuriert zu werden dagegen ein Nein. Das Zensurgesetz-Argument erzielt dabei stärkere Wirkung als in der ersten Umfrage und hat das Argument zum Problemdruck von seinem ehemals dritten Rang verdrängt.

Am Rande wirkt weiterhin die Argumentation, dass Begehren von weiteren Gesellschaftsgruppen nicht auf sich warten lassen werden, auf ein Nein zum Anti-Diskriminierungsgesetz. Und der Toleranz-Gedanke führt zu einem Einverständnis mit dem Vorhaben.

Grafik 35



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmenscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R<sup>2</sup> gibt Auskunft darüber, wie erklärungskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Gegner\*innen wie auch Befürworter\*innen verfügen damit zum jetzigen Zeitpunkt über wirksame Argumente. Der Unterschied zwischen den beiden Lagern liegt aber darin, dass die Argumente der Pro-Seite nicht nur schlagkräftig sind, sondern auch von einer Mehrheit der Stimmbürger\*innen geteilt werden. Letzteres ist beim Nein-Lager derzeit nur beim Argument zum Schutz einzelner Bevölkerungsgruppen der Fall (siehe oben).

### 2.3.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Im Bericht zur ersten SRG-Trendumfrage hielten wir fest, dass ein Ja zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz das wahrscheinliche Szenario für den 9. Februar 2020 sei. Unter Kenntnis der Dynamik der Meinungsbildung erhärtet sich dieser Befund.

Zwar zeigt sich eine Polarisierung des Meinungsbildes Richtung Nein, der Vorsprung der Ja-Seite bleibt allerdings so gross, dass die Annahme der Vorlage nach wie vor das einzig plausible Szenario darstellt. Auch aufgrund der Beurteilung der Argumente zum Diskriminierungsgesetz wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse bis zum 9. Februar 2020 eine grosse Überraschung.

Unter Unentschiedenen und tendenziellen Befürwortern könnten sich durchaus noch einige für das Nein entscheiden. Das gefestigte und mit wenigen Ausnahmen positive Meinungsbild sowie die hohe Kongruenz von Stimmabsichten, Parteiparolen und Argumenten sprechen aber klar für die Annahme der Vorlage am 9. Februar 2020.

Komplettiert wird das positive Meinungsbild zur Vorlage durch die Einschätzung der Stimmberechtigten selbst: Die klare Mehrheit der Teilnehmewilligen (72%, + 7%-Punkte) geht von einer Annahme der Vorlage aus und das sind mehr noch als vor einem Monat. Sie schätzen den Ja-Anteil der Abstimmung über das Anti-Diskriminierungs-Gesetz im Mittel auf 55 Prozent. Auch dieser Wert ist leicht angestiegen (+2 %-Punkte).

Tabelle 2: Indikatoren der Einschätzung der Anti-Diskriminierungs-Gesetzes

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R <sup>2</sup>	Stimmabsichten	Prädispositionierung	Trenderwartung Dispositionsansatz
dafür	NR: 64% SR: 71%	GPS, SP, CVP, GLP, BDP, FDP	55%	63%		65%		Abnahme/ Stagnation Ja
dagegen	NR: 36% SR: 29%	SVP		34%		33%		Zunahme/ Stagnation Nein
						79%	77%	

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 9. Februar 2020 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Januar 2020 (n = 4074)

## 3 Anhang

### 3.1 gfs.bern-Team

---

#### LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ [lukas.golder@gfsbern.ch](mailto:lukas.golder@gfsbern.ch)



**Schwerpunkte:**

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

---

#### MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ [martina.mousson@gfsbern.ch](mailto:martina.mousson@gfsbern.ch)



**Schwerpunkte:**

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

---

#### EDWARD WEBER

Projektleiter, Dr. Des., Politikwissenschaftler

✉ [edward.weber@gfsbern.ch](mailto:edward.weber@gfsbern.ch)



**Schwerpunkte:**

Politische Einstellungen, Populismus, Abstimmungsforschung, Methoden der empirischen Sozialforschung, Ad hoc-Studien

---





### AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

---



### JOSÉ KRESS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Soziologe

✉ jose.kress@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

---



### THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse

---



### DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung

---



## **NOAH HERZOG**

Projektmitarbeiter/Administration, Kaufmann EFZ

✉ [noah.herzog@gfsbern.ch](mailto:noah.herzog@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration

---

gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
Postfach  
CH – 3001 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)



**SCHWEIZER  
MARKTFORSCHUNG**

**Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym**

**gfs.bern**  
Menschen. Meinungen. Märkte.